



**SPD**

*ANTRÄGE ZUM*  
**AUßERDORDENTLICHEN**  
**PARTEIKONVENT**

*27. SEPTEMBER 2013, WILLY-BRANDT-HAUS IN BERLIN*

[www.spd.de](http://www.spd.de)

## Inhaltsverzeichnis

Koalitionsgespräche (KOA 1 bis KOA 82)  
Sonstige (So1)

Seiten 3-40  
Seite 41

Die Antragskommission tagt am 27. September 2013 im Willy-Brandt-Haus zu den Anträgen für den außerordentlichen Parteikonvent 2013. Die Empfehlungen der Antragskommission werden als Tischvorlage vorgelegt.

## Mitglieder der Antragskommission

**Vorsitzender:** Olaf Scholz

### **(stimmberechtigte) Mitglieder:**

Niels Annen  
Michaela Engelmeier-Heite  
Peter Friedrich  
Nadja Lüders  
Armin Schild  
Manuela Schwesig  
Ralf Stegner

### **Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:**

LV Schleswig-Holstein	Bettina Hagedorn
LV Mecklenburg-Vorpommern	Bodo Wiegand-Hoffmeister
LO Hamburg	Frank Richter
LO Bremen	Karl Bronke
BZ Nord-Niedersachsen	Lars Klingbeil
BZ Weser-Ems	Susanne Mittag
BZ Hannover	Philipp Schmalstieg
BZ Braunschweig	Matthias Wehrmeyer
LV Sachsen-Anhalt	Andreas Schmidt
LV Brandenburg	Christian Maaß
LV Berlin	Daniel Buchholz
LV Nordrhein-Westfalen	André Stinka
BZ Hessen-Nord	Timon Gremmels
BZ Hessen-Süd	Dagmar Schmidt
LV Thüringen	Holger Poppenhäger
LV Sachsen	Juliane Pfeil
LV Saar	Petra Berg
LV Rheinland-Pfalz	Jens Guth
LV Baden-Württemberg	Elfriede Behnke
LV Bayern	Marietta Eder

# Koalitionsgespräche

*Antragsbereich KOA/ Antrag 1*  
*Landesverband Nordrhein-Westfalen*

## **Vor der Wahl und nach der Wahl: Die NRWSPD steht für einen klaren inhaltlichen Kurs.**

1. Die CDU/CSU-FDP-Koalition hat keine Mehrheit mehr. Es wird keine Fortsetzung der Politik der schwarz-gelben Bundesregierung geben.
- 5 2. Eine Mehrheit für einen rot-grünen Politikwechsel konnten wir nicht erreichen, obwohl das Vertrauen der Menschen in die Sozialdemokratie leicht gestiegen ist. Aber das Wahlergebnis zeigt auch: Neues Vertrauen wächst nur langsam.
- 10 3. Die Union ist in der Verantwortung, eine Bundesregierung zu bilden. Der Ball liegt im Feld von Kanzlerin Angela Merkel. Sie ist von den Wählerinnen und Wählern beauftragt, eine Regierung zu organisieren.
- 15 4. Das Wahlergebnis ist für uns Auftrag und Verantwortung zugleich. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns, dass wir bei unseren Inhalten verlässlich bleiben.  
Die SPD steht in ungebrochener Tradition. Seit 150 Jahren haben wir uns immer an unseren Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert. Anders als politische Mitbewerber haben wir uns an unseren Inhalten – und nicht an Mehrheiten – orientiert.
- 20 Die SPD ist nicht dafür angetreten, um als Mehrheitsbeschafferin die CDU an der Regierung zu halten und ihr so eine Fortsetzung der bisherigen Politik zu ermöglichen.  
Wir verweigern uns keinen Gesprächen, aber Grundlage ist für uns das SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013. Die hier festgeschriebenen Anforderungen, insbesondere für eine gerechte und auskömmliche Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik, eine Stärkung der Kommunen, eine Politik für gute Arbeit und die gerechte Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme sowie eine verantwortliche Gestaltung der Energiewende, müssen Messlatte bleiben.
- 25  
30 Ebenso klar ist: Eine Demokratie braucht auch eine starke Opposition, die als klare Alternative zur Regierungsmehrheit wirkt.
5. Die NRWSPD wird eine breite Beteiligung der Gremien und Mitglieder an möglichen Entscheidungsprozessen sicherstellen. Dabei wird bei allen Prozessen fortlaufend – wie schon 2010 – eine Meinungsbildung herbeigeführt, um eine breite Akzeptanz zu erreichen.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 2*  
*Landesorganisation Bremen*

## **Sozialdemokratische Forderungen**

5 Mit unserem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl hat sich die SPD als *die*  
Gerechtigkeitspartei in Deutschland positioniert und damit viele Wählerinnen und Wähler  
überzeugt. Um die seit 2009 zurückgewonnene Glaubwürdigkeit nicht wieder zu verspielen und  
ein deutliches Profil der sozialen Gerechtigkeit sicherzustellen, sind u. a. folgende Ziele für uns  
unverzichtbar:

10 1. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns sowie  
die Durchsetzung des Prinzips *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit* und  
das Verbot sachgrundloser Befristung von Beschäftigungen

2. Die Sicherung des Rentenniveaus sowie der abschlagsfreie Renteneintritt  
nach 45 Versicherungsjahren

15 3. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes zur Finanzierung von Investitionen  
in Bildung, Infrastruktur und Stärkung der Kommunen,  
Abschaffung des sogenannten Betreuungsgeldes

20 4. Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft

Außerdem hat die Durchsetzung folgender Punkte für uns Priorität:

- Einführung von Vermögenssteuer und Finanztransaktionssteuer
- Solidarische Absicherung der Lebensrisiken Krankheit und Pflege  
25 (Bürgerversicherung)
- Konsequente Finanzmarktregulierung (Trennbanken, Schattenbanken)
- Ausbau der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur durch Aufhebung des  
Kooperationsverbotes
- Rechtstaatliche Entschärfung der Sicherheitsgesetze

30 Um ein Höchstmaß an Transparenz, innerparteilicher Demokratie und Geschlossenheit zu  
gewährleisten, werden die Gliederungen und die Mitglieder der SPD vom Parteivorstand  
umfassend über mögliche Gespräche mit anderen Parteien informiert und (beispielsweise über  
den Parteikonvent) in die Entscheidungsfindung einbezogen.

35 Sollte es eine konkrete Vereinbarung über die Bildung einer Regierung geben, wird diese den  
Mitgliedern der SPD zur Beschlussfassung im Wege des Mitgliederentscheids vorgelegt. Damit  
sich das Verfahren nicht zu lange hinzieht, soll dieser Mitgliederentscheid an einem Tag  
rechtzeitig vor dem Bundesparteitag im November durchgeführt werden. Der Parteikonvent  
40 beauftragt den Parteivorstand, alle hierfür erforderlichen Beschlüsse zu fassen und die  
geeigneten organisatorischen Vorkehrungen zu treffen.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 3**  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

## **Wahlziel bleibt der Politikwechsel**

Die SPD ist mit einem klaren Konzept für einen Politikwechsel in Deutschland in den  
Wahlkampf gegangen. Wir haben den Anspruch, die Probleme in unserer Gesellschaft

5 anzupacken und zum Wohle der Menschen in unserem Land zu lösen. Dafür haben ein Viertel der Wählerinnen und Wähler der SPD ihr Vertrauen ausgesprochen. Dafür danken wir ihnen.

Dieses Vertrauen der Wählerinnen und Wähler ist uns zugleich Verpflichtung, weiter für einen Politikwechsel zu arbeiten, denn trotz des deutlichen Ergebnisses der Bundestagswahl sind die Probleme im Land nicht über Nacht verschwunden.

10

Dazu muss eine zukünftige Bundesregierung folgende grundlegende Aufgaben bewältigen:

### **I. Beseitigung der Verwerfungen in der Arbeitswelt**

15 Dazu bedarf es

- der Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro,
- der Begrenzung der Leiharbeit durch Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen durch Neudefinition im BGB und
- eines Entgeltgleichheitsgesetzes für gleichen Lohn von Frauen und Männern.

20

### **II. Gerechte Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger**

25

Dazu bedarf es:

- einer Rentenreform mit einer Solidarrente, der Festschreibung der 45-Jahres-Regelung und der Angleichung der Rente in Ost und West,
- einer Mietpreisbremse,
- der Abschaffung des Betreuungsgeldes,
- einer Bürgerversicherung zur Beendigung der Zwei-Klassen-Medizin,
- einer angemessenen Ausstattung des Programms „Soziale Stadt“ und
- einer bürgerorientierten Reform der Pflegeversicherung mit Einführung eines neuen Pflegebegriffes.

30

35

### **III. Verbesserung der Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe**

Dazu bedarf es:

40

- der Aufhebung des Kooperationsverbotes im Grundgesetz und
- eines Ganztagschulprogramms.

### **IV. Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens**

45

Dazu bedarf es:

- eines gerechten Steuersystems, das Spitzenverdiener und Vermögende stärker in die Pflicht nimmt
- der Beibehaltung der Gewerbesteuer
- Fortführung der Energiewende mit Veränderungen am EEG und Senkung der Stromsteuer
- der Bekämpfung des Steuerbetrugs und

50

- 55
- einer wirksamen Regulierung des Bankensektors und
  - eines Bundesleistungsgesetzes

## V. Reform des Staatsbürgerrechts

Dazu bedarf es:

60

- der allgemeinen Hinnahme und Einführung einer doppelten und mehrfachen Staatsbürgerschaft.

65 Darüber hinaus begrüßt es der SPD-Landesverband ausdrücklich, dass vor dem Parteikonvent am 27. September keine Sondierungsgespräche stattfinden sollen.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 4  
Kreisverband Schl.-Flensburg  
(Landesverband Schleswig-Holstein)  
Landesverband Schleswig-Holstein*

## Mitgliederentscheid zur möglichen Regierungsbeteiligung

**„Es hat keinen Sinn, eine Mehrheit für die Sozialdemokratie zu erringen, wenn der Preis dafür ist, kein Sozialdemokrat zu sein“ (Willy Brandt)**

5 Der Parteikonvent wird aufgefordert, vor einer möglichen Regierungsbeteiligung einen Mitgliederentscheid herbeizuführen.

Die SPD ist für den Politikwechsel angetreten. Ohne diesen darf es keine SPD-Regierungsbeteiligung geben.

10

Vorschnelle Entscheidungen darf es weder bei politischen noch bei personellen Festlegungen geben. Die Parteibasis muss bei Entscheidungen eingebunden werden. Der außerordentliche Parteikonvent ist dafür ein erster wichtiger Schritt, so die Aussage von Ralf Stegner am Wahlsonntag.

15

20 Die SPD hat in Schleswig-Holstein 31,6% der Zweitstimmen bekommen und liegt damit deutlich über dem Ergebnis im Bund von 25,7%. Die Direktkandidaten in Kiel und Lübeck, Hans-Peter Bartels und Gabriele Hiller Ohm, haben ihre Mandate direkt errungen. Über die Liste ziehen desweiteren Ernst Dieter Rossmann, Bettina Hagedorn, Sönke Rix, Franz Thönnies, Nina Scheer, Birgit Malecha-Nissen und Matthias Ilgen in den Bundestag ein. Die SPD Schleswig-Holstein ist jetzt mit neun Abgeordneten in Berlin vertreten.

25 Die SPD hat ihr Wahlziel nicht erreicht. Rot/Grün hat keine Mehrheit. Die Wahlaussage „keine Koalition mit der CDU/CSU“, bleibt bestehen. Ohne ein Mitglieder-Votum gibt es keine Regierungsbeteiligung der SPD.

Der Mitgliederentscheid soll drei Wahlmöglichkeiten bieten:

### 1. Opposition der SPD für diese Legislaturperiode

30

## **2. Regierungsbildung SPD-Grüne-Linke (Tolerierung durch Linke)**

### **3. Regierungsbildung CDU/CSU-SPD**

- 35 Grundlage für die „Koalitionsverhandlungen“ nach dem Mitgliederentscheid sind u.a. das 100-Tage-Programm „Gestalten statt aussitzen“:
- Flächendeckender Mindestlohn von 8,50 €
- 40
- Gleicher Lohn für Frauen und Männer
  - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Leiharbeit und Stammebelegschaft
  - Solidarrente von 850 € und volle Rente nach 45 Versicherungsjahren
- 45
- Betreuungsgeld abschaffen und in Kitas investieren
  - Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen
- 50
- Mietpreisbremse, damit Wohnen bezahlbar bleibt
  - Banken und Finanzmärkte an den Kosten der Krise beteiligen
  - Gerechte Steuern einführen und Steuerbetrug bekämpfen.
- 55
- Einführung einer Bürgerversicherung

#### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 5***

*Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

### **Weiter glaubwürdig für den Politikwechsel**

1. Die SPD hat bei der Bundestagswahl das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Die SPD braucht jetzt eine offene und schonungslose Diskussion über dessen Ursachen. Vorschnell Fakten zu schaffen und ein blindes „Weiter so“ sind der falsche Weg. Es muss uns zu
- 5 denken geben, dass die hohen Zustimmungswerte zu unseren zentralen Forderungen sich nicht in Stimmen für die SPD niederschlagen. Glaubwürdigkeit entsteht nicht nur über ein Wahlprogramm. Sondern auch über Personen, die für einen Politikwechsel stehen. Und über eine Oppositionsarbeit, die kontinuierlich die Unterschiede zur Regierung deutlich macht. Es muss uns zu denken geben, wenn eine antieuropäische und für rassistische Programmatik offene Partei wie
- 10 die AfD den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasst. Viele Menschen haben keinen Unterschied zwischen uns und der Bundesregierung in europapolitischen Fragen gesehen. Opposition muss man nicht nur in den sechs Wochen vor der Wahl sondern in der gesamten Legislaturperiode machen. Es muss uns zu denken geben, wenn die SPD bei weiblichen Wählerinnen ein deutlich schlechteres Ergebnis erzielt als bei Männern. Frauen spricht man nicht
- 15 nur über die richtigen Themen an. Sondern auch über ein Führungsteam, in dem Frauen nicht in den Hintergrund gerückt werden. Der Anspruch, Volkspartei zu sein, muss mit Leben gefüllt werden. Der Parteikonvent fordert den Parteivorstand deshalb auf, einen innerparteilichen Diskussionsprozess über Ursachen und Schlussfolgerungen des Ergebnisses auf den Weg zu

bringen.

20

2. Der kompromisslose Ausschluss jeder Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke“ hat uns in zweierlei Hinsicht geschadet. Erstens konnten wir in den Wochen vor der Wahl angesichts schlechter Umfragewerte für SPD und Grüne nicht wirklich glaubwürdig vertreten, unsere Ideen eines Politikwechsels auch tatsächlich umsetzen zu können. Das demobilisiert die eigene Anhängerschaft. Zweitens ist es geradezu absurd, dass trotz vieler programmatischer Übereinstimmungen und einer linken parlamentarischen Mehrheit diese nicht für einen Politikwechsel genutzt wird. Es gehört deshalb zu den Kernaufgaben der nächsten vier Jahre einen Annäherungsprozess an die Partei „Die Linke“ zu gestalten, um nach der nächsten Bundestagswahl mehr wirkliche Machtoptionen zu haben als nur rot grün. Ein erster Schritt wäre die gemeinsame Abstimmung im Bundestag bei zentralen gemeinsamen inhaltlichen Kernforderungen, bis ein Koalitionsvertrag mit potentiellen Partnern ausgehandelt ist.

25

30

35

3. Wir stehen in Verantwortung unseren Wählerinnen und Wählern gegenüber. Denn diese haben uns – das zeigen alle Analysen klar – für unsere programmatischen Kernforderungen und damit für eine klare Alternative zur noch amtierenden Bundesregierung gewählt. Jedes Abrücken von unserer im Wahlkampf gemachten inhaltlichen Zusagen würde zu einem weiteren Verlust an Glaubwürdigkeit führen und muss deshalb vermieden werden. Wir müssen deshalb nach der Wahl das tun, was wir vor der Wahl in unserem Regierungsprogramm versprochen haben. Wir stehen neben vielen anderen wichtigen Punkten kompromisslos für:

40

a. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und der Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – für Männer und Frauen und für LeiharbeiterInnen und Stammebelegschaften.

45

b. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Einführung einer Vermögensteuer um mehr Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Kommunen vornehmen zu können.

c. Die Einführung einer Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege.

50

d. Die sofortige Abschaffung des Betreuungsgeldes und die Überführung der frei werdenden Mittel in den Ausbau von Kinderbetreuung.

e. Die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft ohne Kompromisse.

55

f. Einen Kurswechsel in der Europapolitik mit deutlichen Wachstumsimpulsen, wirksamer Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, stärkerer Regulierung der Finanzmärkte und Banken, sowie einen Schuldentilgungsfonds.

g. Die komplette Gleichstellung Homosexueller, inklusive vollem Adoptionsrecht

60

Wir stehen bei unseren Wählerinnen und Wählern im Wort, diese Inhalte auch umzusetzen, egal in welcher Rolle die SPD in den kommenden Jahren sein wird.

65

4. Wir wollen keine große Koalition. Es ist die Aufgabe der Union, und nicht der SPD, die erforderliche Mehrheit zu einer Regierungsbildung zu organisieren. Die SPD ist nicht die Mehrheitsbeschafferin für Angela Merkel, deren schwarz gelbe Regierung abgewählt wurde. Die SPD kämpft nicht um Posten, sie kämpft für Positionen. Ohne einen Politikwechsel muss die SPD ihre Aufgabe als Oppositionskraft wahrnehmen. In diesem Fall wären Schwarz-Grün oder eine

70 Minderheitsregierung der Union die bessere Option. Die Sondierungsgespräche müssen deshalb ergebnisoffen geführt werden. Ein Scheitern muss möglich sein.

5. Im nun anstehenden Prozess von Verhandlungen ist eine regelmäßige und breite Einbindung der Partei erforderlich. Sofern am Ende des Prozesses ein Koalitionsvertrag vorliegt, muss über diesen in einem Mitgliederentscheid abgestimmt werden. Der Parteikonvent beauftragt den  
75 Parteivorstand, die hierfür erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 6**  
*Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt*

## **Für eine neue Gesellschafts- und Teilhabepolitik**

### **Es geht um den Zusammenhalt**

5 Deutschland ist ein vielfältiges Land. Unsere Einwanderungsgesellschaft braucht eine moderne Politik, von der Kita bis ins Seniorenheim. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, es geht vor allem um die soziale Frage. Wir wollen ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt. Daher wollen wir Integrationspolitik neu denken. Dass bedeutet letztlich auch, den *Begriff der Integration zu überwinden* und durch den selbstverständlichen gesellschaftlichen *Anspruch auf Teilhabe* zu ersetzen.

10 Die soziale Frage in der Einwanderungsgesellschaft zu stellen, bedeutet für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die Chancengleichheit auf Bildung und Arbeit in den Fokus zu rücken. Für uns als AG Migration und Vielfalt heißt das, eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung, die folgende Positionen nicht berücksichtigt, ist für uns nicht vorstellbar:

- 15
1. Sofortige Abschaffung der Optionspflicht und Öffnung der Mehrstaatigkeit.
  2. Bildung und Förderung von Anfang an, d.h. Angebote frühkindlicher Bildung müssen bundesweit verbessert werden.
  3. Gute Ausbildung und Arbeit ist der Schlüssel für Teilhabe.
- 20 Wir wollen neue Wege, um Aufstiege unabhängig von der Herkunft zu ermöglichen. Daher wollen wir eine Offensive für Antidiskriminierungsmaßnahmen: Die Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren und verbindliche Zielvereinbarungen für den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber sind erste Schritte. Denn wir wissen: Insbesondere Menschen mit Migrationsbiographie sind auf dem deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt strukturell
- 25 benachteiligt: Sie steigen weniger häufig in Führungspositionen auf; ihre Jobchancen sind bei gleicher Qualifikation geringer; sie sind überdurchschnittlich in unattraktiven Arbeitssegmenten beschäftigt; sie sind besonders häufig prekär beschäftigt und überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Für Menschen mit ausländischen Bildungsabschlüssen wollen wir das Anerkennungsgesetz weiterentwickeln und Qualifizierungsmöglichkeiten ausbauen, um echte
- 30 Chancen auf eine Anerkennung zu schaffen.
4. Integration vor Ort – das von Rot-Grün eingeführte und sehr erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“ und die Städtebauforderung sollen wieder aufleben und gestärkt werden.

### **Die politischen Kräfte sinnvoll bündeln und verankern**

35 Um die vielfältigen Aktivitäten auf der Bundesebene zu bündeln, muss ein schlüssiges

Gesamtkonzept für Teilhabepolitik entwickelt werden.

40 Die Gleichstellung von Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Migrationsbiographie braucht eine zeitgemäße ministerielle Verankerung im Bund. Geschaffen werden muss eine Stelle, die den „ganzheitlichen“ Blick auf Teilhabepolitik hat und sowohl koordinierend als auch kontrollierend tätig ist. Eine Staatsministerin ohne „Unterbau“ ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen mehr als eine „Grußtanten“-Politik ohne exekutive Kompetenz.

45

Die Landesregierungen unter sozialdemokratischer Beteiligung in Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zeigen verschiedene Wege der ministeriellen Verankerung: In der Mehrheit ist das Politikfeld im Arbeitsressort angesiedelt. Nun ist es an der Zeit, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diesem Beispiel in einer

50

Regierungsbeteiligung folgen.

### *Antragsbereich KOA/ Antrag 7 Arbeitsgemeinschaft für Bildung*

## **Bildungspolitische Positionen für mögliche Koalitionsverhandlungen**

Ob es Koalitionsverhandlungen geben wird, werden die Gremien der Partei entscheiden.

5 Im AfB-Bundesvorstand haben wir die aus unserer Sicht wichtigsten Positionen für mögliche Koalitionsverhandlungen formuliert, wobei uns natürlich klar ist, dass nicht alle der Punkte unmittelbar in Zuständigkeit des Bundes fallen, aber wir wollen ja ohnehin mehr Kooperation im Bildungsföderalismus.

- 10 • Aufhebung des Kooperationsverbotes (auch beispielsweise im Detail Prüfung inwieweit Gelder im Rahmen des §35a SGB VIII in schulische Unterstützungssysteme gesteckt werden können)
- Rücknahme des Betreuungsgeldes
- Kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule
- 15 • Durchsetzung und Stärkung Inklusiver Bildung in allen Bildungsbereichen von der KiTa bis zur Erwachsenenbildung und Hochschule
- Ausbau der Kitas zu Familienzentren
- Gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen zur sozialen und sprachlichen Integration
- Eine Schule für alle
- 20 • Echtes Ganztagschulprogramm (orientiert am Ganztagschulprogramm von Edelgard Bulmahn aus den Mitteln der Versteigerung der UMTS-Lizenzen)
- Stärkung der Schulsozialarbeit
- Optimierung des Übergangsmanagements Schule und Beruf, systematische Berufsorientierung ab Jahrgangsstufe 7, Ausbildungsplatzgarantie, Umlagefinanzierung
- 25 der betrieblichen Ausbildung orientiert beispielsweise an den Regelungen im Baugewerbe sowie im Garten- und Landschaftsbau
- Fachkräfteoffensive im erzieherischen und Pflegebereich, Ausbildung in dualer Form und bis dahin Sicherung und Stärkung des staatlichen Berufsfach- und Fachschulangebotes, bessere Bezahlung der Erzieher/innen und Pflegekräfte
- 30 • 2. Chance bzw. Ausbildungsinitiative insb. für die Mitte 20-jährigen zur abgeschlossenen

- Berufsausbildung
  - Elternunabhängiges BAföG
  - Optimierung der Übergänge Bachelor / Master
  - Alphabetisierungsoffensive
- 35 • Jährliche Investitionen von zusätzlich 20 Mrd. Euro im Bildungsbereich

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 8**

*Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD*

## **Forderungen**

1. Wir haben unser Wahlziel nicht erreicht. Wir wollten einen Politikwechsel mit mehr Gerechtigkeit im Rahmen einer rot-grünen Koalition verwirklichen. Dabei waren sowohl Programm als auch der Themenschwerpunkt soziale Gerechtigkeit richtig gesetzt.  
5
2. Keine der politischen Parteien haben die Möglichkeit erreicht, alleine die Regierung zu stellen. Es bedarf Koalitionen. Dabei muss es möglich sein, dass alle demokratischen Parteien miteinander ins Gespräch kommen. Dabei ist es wichtig zu prüfen, in welcher Konstellation der größte Anteil unserer Themen durchgesetzt werden kann, jedoch auch wie koalitionsfähig ein möglicher Partner ist.  
10
3. Bei allen Gesprächen, die nunmehr geführt werden, darf die Durchsetzungskraft der aktuellen Bundesrats-Mehrheit nicht gefährdet werden. Ferner ist dabei darauf zu achten, welche Auswirkungen eine Einigung auf die Bundestagswahl 2017 und die Wahlen in den Jahren dazwischen haben.  
15
4. Der überwiegende Stimmenzuwachs, den wir erreicht haben sind mit 550.000 von ehemaligen WählerInnen der Grünen und 530.000 von der FDP. Gerade letztere haben sich bei den Freiheits- und Gerechtigkeitsthemen nicht mehr vertreten gefühlt. Wir dürfen diese Gerechtigkeitsthemen in keiner der Koalitionsoptionen aufgeben. Wenn es zu einer Koalitionsverhandlung kommt, muss auf eine konsequente Umsetzung einer sozialdemokratischen Handschrift geachtet werden.  
20
5. Unverzichtbar sind dabei die Themen der Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt mit dem Mindestlohn, der Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern, sowie der Regulierung von befristeten Verträgen, Leiharbeitnehmerschaft und Werkverträgen. Unverzichtbar ist die Umsetzung der sozialdemokratischen familienpolitischen Initiativen, der Beendigung von Zwei-Klassen-Medizin sowie der Einführung der Doppelten Staatsbürgerschaft.  
25
6. Gerade aufgrund der SPD-Kampagne „100% Gleichstellung - nur mit uns“ ist ebenso unverzichtbar die Umsetzung der vollständigen Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe vor allem in Adoptions- und Steuerrecht mit dem Fernziel der Öffnung der Ehe für alle Paare.  
30
7. In jedem dieser Themen muss zwingend darauf geachtet werden, dass die SPD nicht in die „FDP-Falle“ kommt, die bei grundlegenden Entscheidungen, die eigene Forderungen abgebildet haben, aber aus Koalitionsrason gegen diese gestimmt wurde. Das hat zur Abwendung der eigenen Klientel von der Partei geführt.  
35
8. Sollte es in Koalitionsverhandlungen in grundlegenden Themen keine Einigung geben, muss

40 eine Öffnungsklausel vereinbart werden, die Abstimmungen in diesen Fragen frei geben.

9. Es darf keine Koalition vereinbart werden, die dazu führt, dass sozialdemokratische Grundwerte vernachlässigt werden. Dabei darf nicht leichtfertig Themen zugestimmt werden, die der SPD auf Dauer schaden. Sollte in keiner Konstellation eine Einigung zu Stande kommen, ist auch die  
45 Opposition eine Option.

10. Alle Ergebnisse sind im Rahmen von Mitgliederbeteiligungen zu spiegeln. Sollte aufgrund der formalen Voraussetzungen eines Mitgliederentscheides gem §§ 13 f. Organisationsstatut die zeitliche Flexibilität fehlen, sind Mitgliederbefragungen kurzfristig zu organisieren. Es ist in allen  
50 Verhandlungsschritten auf größtmögliche **Transparenz** zu achten.

11. Es wurden im Wahlkampf Fehler gemacht. Diese Fehler müssen - spätestens nach Abschluss von Verhandlungen - genau analysiert werden, um in der Zukunft hieraus zu lernen. Dabei sind auch die Strukturen im Willy-Brandt-Haus und den Ländern zu betrachten, um mögliche  
55 Mehrfachstrukturen aufzuspüren und abzubauen mit dem Ziel, Entscheidungs- und Kommunikationswege zu beschleunigen. Diese Analyse hat unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erfolgen.

12. Unser gemeinsames Ziel ist es, die SPD zu alter Stärke und zu einer Regierungsfähigkeit zu  
60 führen. Dieses Ziel haben wir bislang nicht erreicht. Es darf aber auch nicht aus den Augen verloren werden.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 9***

*Unterbezirk Ansbach*

*(Landesverband Bayern)*

## **Keine Regierungsbeteiligung ohne Mitgliederbefragung**

Der SPD Unterbezirk Ansbach fordert die Mitglieder des Konvents auf, am kommenden Freitag beim Parteikonvent der SPD darauf hinzuwirken, dass vor einer eventuellen Regierungsbeteiligung eine Mitgliederbefragung durchzuführen ist. Das WIR entscheidet!

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 12***

*040 Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf*

*(Landesverband Berlin)*

## **Umsetzung sozialdemokratischer Forderungen**

Der SPD-Konvent möge beschließen:  
Wir halten an unseren Forderungen nach Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von mindestens 8,50€/Stunde und Abschaffung des Betreuungsgeldes fest.

5

Deswegen ersuchen wir die neu gewählte Bundestagsfraktion die Möglichkeiten einer parlamentarischen Initiative mit den Fraktionen der Linken und Bündnis'90/Die Grünen zur Umsetzung der vorgenannten Forderungen zum Mindestlohn und Betreuungsgeld einzuleiten.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 13*  
*Ortsverein Oberkirch-Zusenhofen*  
*(Landesverband Baden-Württemberg)*

## **Mitgliederbefragung durchführen**

Der SPD Ortsverein Zusenhofen beantragt eine Abstimmung der Parteimitglieder über das zukünftige Vorgehen der SPD. Es soll eine Mitgliederbefragung durchgeführt werden, ob die SPD Bundestagsfraktion mit der CDU koalieren soll oder besser in die Opposition geht.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 14*  
*Kreisverband Recklinghausen*  
*(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

## **Keine Große Koalition! - 5 Forderungen**

1. Die SPD hat das Wahlziel einer rot-grünen Bundesregierung verfehlt. Die SPD leidet weiter unter einem Glaubwürdigkeitsproblem. Wir wollen und müssen Vertrauen weiter zurückgewinnen. Daran müssen sich jetzt alle Entscheidungen der SPD ausrichten. Daran gemessen bewerten wir auch die Rolle der SPD in einer Regierung genauso wie in der Opposition. Wir wollen keine Große Koalition!
2. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen nach der Wahl wie vor der Wahl eine sozial gerechte Regierung, die heute die notwendigen Weichen zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft stellt und für den sozialen Fortschritt und gesellschaftliche Modernisierung sorgt.
3. Wir verweigern uns keinen Gesprächsangeboten. Das gilt dann aber für alle Fraktionen des Deutschen Bundestages.
4. Wir wollen, dass die Partei in ihrer Breite bei wichtigen Weichenstellungen mitgenommen wird. Wir wollen, dass die Parteiführung das durch Mitgliederbeteiligungen bzw. Mitgliederentscheidungen sicher stellt.
5. Perspektivisch wollen wir, dass auch eine rot-rot-grüne Option nicht ausgeschlossen wird. Dazu sollen zügig die notwendigen Prozesse eingeleitet werden.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 15*  
*Unterbezirk Unna*  
*(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

## **Die SPD nach der Bundestagswahl: Mit klarem Profil die Unterschiede deutlich machen**

- Die Menschen haben Schwarz-Gelb bei der Bundestagswahl abgewählt. Für die SPD gilt: wir haben im Kreis Unna ein gutes Wahlergebnis mit überdurchschnittlichen Zuwächsen erzielt, im Bund unser Wahlziel jedoch nicht erreicht. Die SPD hat das verloren gegangene Vertrauen noch nicht zurück gewonnen. Nun gilt es, insbesondere auf Bundesebene einen klar profilierten Kurs

auf der Grundlage unseres Regierungsprogramms konsequent umzusetzen.

10 Für uns gilt: wir treten nur in eine Bundesregierung ein, wenn sozialdemokratische  
Regierungspolitik dabei herauskommt. Wir wollen eine bessere Regierung. Diese Regierung muss  
verlässlich und berechenbar sein. Wir wollen aber auch eine gerechtere Regierung, die heute die  
notwendigen Weichen zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft stellt und für den  
sozialen Fortschritt und gesellschaftliche Modernisierung sorgt. Deshalb sind bei  
15 Koalitionsverhandlungen, die von und mit der SPD geführt werden, alle folgenden Eckpunkte  
unverzichtbare Bestandteile eines auszuhandelnden Koalitionsvertrages:

1. Der gesetzliche Mindestlohn und die konsequente Eindämmung von prekärer Beschäftigung in  
Leih- und Zeitarbeit sowie Mini-Jobs sind ebenso unverzichtbare Bestandteile einer neuen  
Ordnung am Arbeitsmarkt wie der Verzicht auf die sachgrundlose Befristung.
- 20 2. Die Rente mit 67 muss ausgesetzt werden, solange nicht mindestens die Hälfte aller 60 bis  
65jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Das Rentenniveau muss bis mindestens  
2020 stabil bleiben.
3. Das Betreuungsgeld muss abgeschafft werden. Die dadurch frei werdenden Mittel werden in  
den zusätzlichen Ausbau der Kinderbetreuung investiert.
- 25 4. Das Kooperationsverbot in der Bildung muss abgeschafft werden. Bund und Länder müssen 20  
Mrd. Euro zusätzlich in Bildung investieren, u.a. um die Ausbildungsgarantie umzusetzen und den  
Ganztagsschulausbau neu zu beleben.
5. Die nächste Regierung muss den Einstieg in die Bürgerversicherung mit einem einheitlichen  
Wettbewerbsrahmen für alle Krankenkassen und einer einheitlichen Honorarordnung schaffen.
- 30 6. Die Kommunen müssen entlastet werden. Dazu brauchen wir die Garantie der bereits  
vereinbarten Schritte zur Übernahme von Anteilen der Eingliederungshilfe durch den Bund und  
weitere Entlastungsschritte.
7. Deutschland braucht einen Pakt für Bildung und Entschuldung. Dafür müssen die besonders  
hohen Einkommen und Erbschaften für die Finanzierung von Zukunftsaufgaben in Bildung und  
35 Infrastruktur herangezogen werden. Dazu gehört die Erhöhung von Vermögens- und  
Abgeltungssteuer genauso wie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie die  
Abschaffung besonderer steuerlicher Privilegien für Hoteliers und reiche Erben.

40 Unter diesen Voraussetzungen kann die SPD in eine neue Bundesregierung eintreten und  
sozialdemokratische Regierungspolitik verwirklichen. Kompromisse werden nötig sein, aber diese  
dürfen die o.g. Punkte nicht in Frage stellen.

Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, die Meinung der Parteibasis bei allen vor uns liegenden  
Verfahrensschritten einzubeziehen und über den Parteikonvent und Parteitage und ggf.  
45 Mitgliederentscheide Basisbeteiligung sicherzustellen.

*Antragsbereich KOA/Antrag 17*  
*Ortsverein Sand am Main*  
*(Landesverband Bayern)*

### **Keine große Koalition**

Keine "Große Koalition" ohne Mitgliederbefragung.  
Keine "Große Koalition" ohne den gesetzlichen Mindestlohn.

5 Keine "Große Koalition" ohne die Besteuerung von Finanzgeschäften.

Eine "Große Koalition" nur mit der Verhinderung der weiteren Absenkung des Rentenniveaus.  
Eine "Große Koalition" mit der Festschreibung: 45 Versicherungsjahre müssen für eine Rente ohne Abschlüsse reichen.

10 Eine "Große Koalition" nur wenn Anstand und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt geschaffen wird.  
Eine "Große Koalition" nur wenn die Mitbestimmung der Arbeitnehmer/Innen in den Betrieben ausgebaut werden kann.

#### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 19***

*Ortsverein Mannheim-Neckarau*

*Ortsverein Mannheim-Neckarstadt-Ost*

*(Landesverband Baden-Württemberg)*

### **Durchführung Mitgliederentscheid**

"Die SPD führt einen Mitgliederentscheid nach den Paragraphen 13/14 des SPD-Organisationsstatuts zu der Frage durch, ob nach der Bundestagswahl 2013 eine große Koalition (SPD/CDU/CSU) oder eine andere Koalition eingegangen werden soll und wenn ja, unter welchen

5 Bedingungen."

#### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 21***

*Ortsverein Impflingen*

*Ortsverein Wasgau*

*(Landesverband Rheinland-Pfalz)*

### **Mitgliederentscheid durchführen**

Der Parteikonvent möge beschließen noch vor dem Parteitag im Oktober 2013, einen Mitgliederentscheid über die Frage herbeizuführen, ob die SPD eine Koalition mit der CDU/CSU ablehnt.

5

Dieser Mitgliederentscheid soll unabhängig von den Ergebnissen der Sondierungs- bzw. Koalitionsgespräche, welche bis zu diesem Zeitpunkt mit der CDU/CSU erzielt wurden, stattfinden.

Insofern sind die vorgenannten Verhandlungsergebnisse von den sozialdemokratischen

10 Teilnehmern dieser Verhandlung gegenüber der CDU/CSU unter den Vorbehalt des Mitgliederentscheides zu stellen.

#### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 24***

*Ortsverein Rolfzen-Hagedorn*

*(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

### **Mitgliederentscheid**

Der Parteikonvent möge beschließen, dass vor Eintritt in eine große Koalition ein Mitgliederentscheid durchzuführen ist.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 25**  
*Ortsverein Tübingen*  
*(Landesverband Baden-Württemberg)*

### **Kein Juniorpartner der CDU werden!**

1. Die SPD strebt keine Große Koalition mit der CDU/CSU an.
2. Vor einer Regierungsbeteiligung der SPD muss ein Mitgliederentscheid stattfinden. Dies muss für jede zurzeit mögliche Koalition im Bundestag gelten.
- 5 3. Die SPD muss in einem dialogorientierten Prozess mit den verschiedenen Gliederungen der SPD die Gründe für das Bundestagswahlergebnis aufarbeiten und daraus Konsequenzen für eine zukünftige inhaltliche Orientierung und eine professionelleres Auftreten der Bundespartei ziehen.
4. Der SPD-Parteivorstand, die neue SPD-Bundestagsfraktion und alle verantwortlichen Funktionsträger werden aufgefordert für die nächste Bundestagswahl eine realistische Perspektive
- 10 für eine SPD-geführte Bundesregierung zu entwickeln und vorzubereiten.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 26**  
*Kreisverband Erfurt*  
*(Landesverband Thüringen)*

### **Mitgliederentscheid**

- Eine mögliche Koalition mit der CDU zum Zwecke einer Regierungsbildung bestimmt im erheblichen Maß die politische Ausrichtung der Bundespartei über vier Jahre. SPD Mitglieder müssen bei gewichtigen Entscheidungen mitbestimmen können. Daher möge der Parteikonvent
- 5 beschließen:

Eine Regierungsbeteiligung der SPD muss über einen Mitgliederentscheid legitimiert werden.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 27**  
*Ortsverein Uetersen*  
*(Landesverband Schleswig-Holstein)*

### **Mindestanforderung Koalition**

Die SPD Uetersen gibt unserem Bundestagsabgeordneten Ernst Dieter Rossmann sowie dem SPD Bundesparteivorstand folgende Aufgabe mit:

- 5 Die Option einer großen Koalition darf nur dann in Betracht gezogen werden, wenn die Bundesrepublik ansonsten unregierbar wird. Und auch in diesem Fall sind eindeutige Mindestanforderungen zu erfüllen:
- 10
  - Sofortige Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mind. 8,50 EUR
  - Kurzfristige Umsetzung einer Finanzmarkttransaktionssteuer und anderer geeigneter Maßnahmen, um die Finanzwirtschaft an der Bewältigung der Finanzmarktkrise zu beteiligen.
  - Kurzfristiges gesetzliches Verbot der Erhebung von Ausbildungsbeiträgen insbesondere in den Pflegeberufen
  - 15 • Abschaffung des Betreuungsgeldes und Umsteuerung der Finanzmittel in Kinderbetreuung

- und Bildung
- Sicherstellung einer menschenwürdigen Mindestrente für langjährige Beitragszahler
- Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung

20 Das Ergebnis möglicher Verhandlungen ist der Mitgliedschaft zur Abstimmung vorzulegen.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 28**

*Kreisverband Konstanz*

*(Landesverband Baden-Württemberg)*

## **Mitgliederentscheid durchführen**

Große Koalition nach der Bundestagswahl 2013

- 5 1. Der SPD Kreisverband Konstanz steht der Bildung einer großen Koalition gemeinsam mit der CDU/CSU unter Führung von Kanzlerin Dr. Angela Merkel sehr kritisch gegenüber.
2. Der SPD Kreisverband Konstanz fordert den Parteivorstand dazu auf gem. § 13 des Organisationsstatuts der SPD einen Mitgliederentscheid über einen möglichen Koalitionsvertrag mit CDU/CSU durchzuführen.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 30**

*Unterbezirk Neustadt/Bad Dürkheim*

*(Landesverband Rheinland-Pfalz)*

## **Keine Große Koalition - die Basis beteiligen**

- 5 Die Stimmung an der Basis ist eindeutig: eine große Koalition ist weder inhaltlich noch strategisch die richtige Option. Deutschland braucht eine starke Opposition. Und die SPD darf ihre Kernthemen auf keinen Fall aufgeben. Es war richtig, vor dem Parteikonvent am Freitag auf Vorfestlegungen zu verzichten. Das hat den Raum für Diskussionen geöffnet und wir fordern den Parteikonvent auf, die Stimmen der Basis zu hören und aufzugreifen.

- 10 Wenn es jedoch - aus welcher Diskussion heraus auch immer – zu Koalitionsgesprächen mit der CDU käme, würde ein Beschluss des Konventes nicht ausreichen. Eine so grundlegende strategische Frage müsste von der Parteibasis in einem Mitgliederentscheid geklärt werden.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 31**

*Unterbezirk Rosenheim Land*

*(Landesverband Bayern)*

## **SPD gegen eine Koalition des Stillstandes**

- 5 Die SPD steht wegen ihrer Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern, die der SPD in erster Linie den inhaltlichen Auftrag zu einer Politik geprägt von mehr „WIR“ und sozialer Gerechtigkeit übertragen haben, nach der Bundestagswahl 2013 für eine Regierungskoalition mit der CDU/CSU nicht zur Verfügung.

Wir fordern, dass im Falle von Sondierungen und Gesprächen mit den im Bundestag vertretenen

Parteien die Mitglieder der Sozialdemokratie im Rahmen eines Mitgliederentscheides in weitere Entscheidungen mit einbezogen werden.

10

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 33**

*Ortsverein Schmölln*

*(Landesverband Thüringen)*

## **Mitgliederentscheid und sozialdemokratische Forderungen**

1. Grundlage für sämtliche weiteren Gespräche über die Bildung einer möglichen Regierung ist das 100-Tage-Programm der SPD. Wir haben im Wahlkampf mit Forderungen wie nach einem gesetzlichen Mindestlohn oder der Abschaffung des Betreuungsgeldes für einen Politikwechsel gestritten. Die Durch- und Umsetzung der neun Forderungen aus dem 100- Tage-Programm sind  
5 Bedingung für die Mitarbeit in einer Bundesregierung.

2. Über eine politische Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition entscheiden die Mitglieder in einem Mitgliederentscheid nach §§ 13 und 14 des Organisationsstatuts der SPD.  
10 Die Legitimation der Entscheidung zu einer möglichen Regierungsbeteiligung hat insbesondere nach den Erfahrungen der letzten großen Koalition 2005-2009 durch die Mitglieder der SPD mittels Mitgliederentscheid zu erfolgen. Andernfalls besteht die Gefahr einer weiteren Erosion der Mitgliedschaft unter dem Eindruck fehlender Mitbestimmungsmöglichkeiten in dieser für die Sozialdemokratie entscheidenden Frage.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 35**

*Kreisverband Lübeck*

*(Landesverband Schleswig-Holstein)*

## **Bewertung der Bundestagswahl aus Lübecker Sicht**

1. Das bundesweite Wahlergebnis ist trotz leichter Stimmgewinne eine deutliche Enttäuschung.  
2. Zur Wählermobilisierung unserer Klientel hat wesentlich unser Wahlprogramm und unser Sachthemen beigetragen. Der Spitzenkandidat hatte nicht die notwendige positive Zugwirkung  
5 und wird als nicht unbeträchtlicher Teil des Wahlausganges betrachtet.  
3. Auch das Lübecker Ergebnis ist von vorstehenden Umständen beeinflusst. Besonderes lokales Engagement und Bekanntheitsgrad der Spitzenkandidatin sowie das Wirken der Partei in Lübeck haben sicherlich maßgeblichen Anteil an der im Verhältnis zum Bund überproportionalen Steigerungen der Stimmen (Erststimmen + 4,1; Zweitstimmen 4,0) und klaren Erringung des  
10 Direktmandates. Leider hat die CDU inzwischen einen hauchdünnen Vorsprung bei den Zweitstimmen.  
4. Der Kreisvorstand warnt eindringlich vor dem Eingehen einer Großen Koalition. Dies könnte sogar in einer innerparteilichen Verdrossenheit münden. Da wird starke Oppositionsarbeit dieser Variante der Vorzug gegeben.  
15 5. Der KV fordert ferner Landes- und Bundespartei auf, das Verhältnis auch zur LINKEN bei aller Gegnerschaft zukünftig zu versachlichen und kategorische „Absagen“ einzustellen.  
6. Die Partei sollte bereits jetzt am Aufbau starker sozialdemokratischer Führungspersönlichkeiten für die nächste Kanzlerkandidatur arbeiten. Das Nominierungsverfahren von Peer Steinbrück ist ein Beispiel wie die Partei es besser nicht wiederholen sollte.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 36**  
*Ortsverein Arnsberg*  
*(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

### **Mitgliederentscheid zur Koalition auf Bundesebene**

Der SPD Ortsverein Arnsberg schlägt dem Parteikonvent vor:  
einen Mitgliederentscheid zur Koalition auf Bundesebene durchzuführen.

5 Die Mitgliederversammlung spricht sich gleichzeitig gegen eine große Koalition aus.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 37**  
*Ortsverein Stadthagen*  
*(Bezirk Hannover)*

### **Mitgliederbefragung einleiten**

Der Parteivorstand soll schnellst möglich eine Mitgliederbefragung zu den Koalitionsoptionen nach der Bundestagswahl einleiten. Ein Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU sollte nur dann unterschrieben werden, wenn dies durch ein Mitgliedervotum legitimiert ist.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 39**  
*Ortsverein Falkensee*  
*(Landesverband Brandenburg)*

### **Mitgliederentscheid durchführen**

Der Parteikonvent möge beschließen, dass der PV aufgefordert wird, jeden möglichen Koalitionsvertrag vor dessen Zustimmung der Partei in Form eines Mitgliederentscheides zur Abstimmung vorzulegen.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 40**  
*020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg*  
*(Landesverband Berlin)*

### **Nein zur großen Koalition**

Mit diesem Wahlergebnis für die SPD, das an einer erneuten Katastrophe vorbeischrämt, setzt sie den beispiellosen Niedergang seit Beginn der Agenda-Politik unter Schröder fort.

5

Trotz leichter Zuwächse müssen wir feststellen, dass die SPD mit ihrem zweitschlechtesten Wahlergebnis seit 1949 eine weitere Wahlniederlage erlitten hat:

10 Es ist nicht gelungen die " Millionen WählerInnen, die der SPD nach der Großen

Koalition . / ihre Stimme verweigert haben, zurück zu gewinnen.

Deshalb fordern wir:

15 -1. Die SPD begibt sich nicht in eine Koalition mit der CDU/CSU.

2. Es findet eine breite Diskussion unter Beteiligung der gesamten Mitgliedschaft der SPD über Kurs und Personal der Partei statt.

20 Der Konvent hat keine Legitimation, ohne Beteiligung der Mitgliederbasis in Bezug auf Personal und Koalitionsentscheidungen von oben Fakten zu schaffen.

Der Konvent hat keine Legitimation, die Weichen für den Gang der SPD in die Große Koalition zu stellen.

25

Die SPD wird Merkel nicht helfen, ihre Austeritätspolitik und ihre Politik des Sozialabbaus fortzusetzen und den ArbeitnehmerInnen in Europa und Deutschland aufzuzwingen. Die SPD darf sich nicht zum Steigbügelhalter zur Fortsetzung der Merkel-Politik machen lassen.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 41**

*Kreisverband Mannheim*

*(Landesverband Baden-Württemberg)*

## **Mitgliederentscheid für das weitere Vorgehen**

1. Die CDU/CSU-FDP-Koalition hat keine Mehrheit mehr. Es wird keine Fortsetzung der Politik der schwarz-gelben Bundesregierung geben.

5 2. Eine Mehrheit für einen rot-grünen Politikwechsel konnten wir nicht erreichen, obwohl das Vertrauen der Menschen in die Sozialdemokratie leicht gestiegen ist. Aber das Wahlergebnis zeigt auch: Neues Vertrauen wächst nur langsam.

10 3. Die Union ist in der Verantwortung, eine Bundesregierung zu bilden. Der Ball liegt im Feld von Kanzlerin Angela Merkel. Sie ist von den Wählerinnen und Wählern beauftragt, eine Regierung zu organisieren.

15 4. Das Wahlergebnis ist für uns Auftrag und Verantwortung zugleich. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns, dass wir bei unseren Inhalten verlässlich bleiben. Die SPD steht in ungebrochener Tradition. Seit 150 Jahren haben wir uns immer an unseren Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert. Anders als politische Mitbewerber haben wir uns an unseren Inhalten - und nicht an Mehrheiten - orientiert. Die SPD ist nicht dafür angetreten, um als Mehrheitsbeschafferin die CDU an der Regierung zu halten und ihr so eine Fortsetzung der bisherigen Politik zu ermöglichen. Wir verweigern uns keinen Gesprächen, aber Grundlage ist für uns das SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013. Die hier festgeschriebenen Anforderungen, insbesondere für eine gerechte und auskömmliche Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik, eine Stärkung der Kommunen, eine Politik für gute Arbeit und die gerechte Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme sowie eine verantwortliche Gestaltung der Energiewende, müssen Messlatte bleiben. Ebenso klar ist: Eine Demokratie braucht auch eine starke Opposition, die als klare Alternative zur Regierungsmehrheit wirkt.

5. Deswegen fordert der SPD-Kreisverband einen Mitgliederentscheid über das weitere Vorgehen.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 44**

*Unterbezirk Region Hannover*

*(Bezirk Hannover)*

**Jetzt muss es um Inhalte gehen!**

Schwarz-Gelb ist abgewählt worden. Allerdings hat es auch für unser Wahlziel, eine rot-grüne Regierung zu stellen, nicht gereicht. Die CDU ist klar stärkste Fraktion geworden, wenngleich die Mehrheit des Parlaments eher der rot-grünen Mehrheit des Bundesrats entspricht. Die Union ist in der Verpflichtung, eine Bundesregierung zu bilden.

Das Wahlergebnis ist für uns Auftrag und Verantwortung zugleich. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns, dass wir bei unseren Inhalten verlässlich bleiben. Die SPD ist nicht dafür angetreten, um als Mehrheitsbeschafferin die Union an der Regierung zu halten und ihr so eine Fortsetzung der bisherigen Politik zu ermöglichen. Wir verweigern uns keinen Gesprächen. Grundlage ist für uns das SPD-Regierungsprogramm 2013 – 2017. Die hier festgeschriebenen Anforderungen müssen unsere Messlatte bleiben.

Deshalb gilt es jetzt, dem Willen des Souveräns Rechnung zu tragen und aus dieser Konstellation heraus vor allem die sozialdemokratischen Inhalte durchzusetzen. Es geht um den Beginn eines gesellschaftlichen Prozesses, der das „WIR“ in den Mittelpunkt stellt! Sondierungsgespräche zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen sind daher an zentralen inhaltlichen Bedingungen zu knüpfen, die Kernpunkte des sozialdemokratischen Regierungsprogramms auch im Wahlkampf gewesen sind.

Dazu gehören:

- Ordnung auf dem Arbeitsmarkt durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zunächst 8,50, Eindämmung von Werkverträgen sowie Durchsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sowohl bei Frauen und Männern wie auch in Leiharbeit im Vergleich zur Stammbeslegschaft
- Stabile Verbesserung der Einnahmesituation öffentlicher Haushalte zur Stärkung der Kommunen, Infrastruktur und des Bildungssektors
- Unser Rentenkonzept (abschlagsfreier Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren, Solidarrente u.a.)
- Einführung einer gesetzlichen Frauenquote in Gremien börsennotierter Unternehmen
- unverzügliche Abschaffung des Betreuungsgeldes und statt dessen Investitionen in frühkindlicher Bildung
- Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft
- stärkere Deckelung der Mietpreise bei Neuvermietungen und bei bestehenden Mietverträgen
- Einstieg in die solidarische Bürgerversicherung bei Gesundheit und Pflege
- Neustart der Energiewende mit klaren Zuständigkeiten und wirklicher Steuerung der Energiepreisentwicklung
- Bekämpfung des Steuerbetrugs
- Aufhebung des Kooperationsverbotes
- transparente internationale Datensicherheit zum Schutz der BürgerInnen und Unternehmen
- Richtungswechsel in der Europapolitik durch die Schaffung einer sozialen Perspektive für die

Menschen, vor allem in Südeuropa und der klaren Reform des Finanzsystems  
Ebenso klar ist: Demokratie braucht auch eine starke Opposition, die als klare Alternative zur  
45 Regierungsmehrheit wirkt.

Zudem ist angesichts der aktuellen Konstellation zu überlegen, inwieweit dem Parlament eine  
größere Gestaltungsfreiheit zukommen muss, indem z. B. Festlegungen in  
Koalitionsvereinbarungen Öffnungsklauseln etc. enthalten bis hin zu der Überlegung, eine  
50 Regierung personell – jedoch nicht inhaltlich vollumfänglich zu unterstützen. Dazu gehören auch  
Gespräche mit allen im Parlament vertretenen Parteien.

Um die Einbindung der Gesamtpartei in diesen Prozess zu gewährleisten und den begonnenen  
Prozess der verstärkten Mitgliederbeteiligung zu sichern, halten wir einen bundesweiten  
55 Mitgliederentscheid vor Eintritt der SPD in eine Regierung für ein notwendiges Mittel, die  
Rückkopplung mit der Parteibasis zu ermöglichen. Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 45**

*Unterbezirk Märkischer Kreis*

*(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

## **Beteiligungsinstrumente nutzen**

Der SPD-Unterbezirk Märkischer Kreis begrüßt den Beschluss des Landesvorstands der NRWSPD  
vom 23.9.2013 in dem klar gestellt wird, dass die SPD nicht angetreten ist, um als  
Mehrheitsbeschaffer die CDU/CSU an der Regierung zu halten und ihr so eine Fortsetzung der  
5 bisherigen Politik zu ermöglichen.

Das Wahlergebnis ist für uns Auftrag und Verantwortung zugleich. Unsere Wählerinnen und  
Wähler erwarten von uns, dass wir bei unseren Inhalten verlässlich bleiben.

10 Wir verweigern uns keinen Gesprächen, aber Grundlage ist für uns das SPD-Wahlprogramm zur  
Bundestagswahl 2013. Die hier festgeschriebenen Anforderungen, insbesondere für eine gerechte  
und auskömmliche Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik, eine Stärkung der Kommunen, eine  
moderne Integrationspolitik, eine Politik für gute Arbeit und die gerechte Weiterentwicklung der  
sozialen Sicherungssysteme sowie eine verantwortliche Gestaltung der Energiewende, müssen  
15 Messlatte bleiben.

Bei der Information und Diskussion mit unseren Mitgliedern haben wir nach der Landtagswahl  
2010 beste Erfahrungen mit Regionalversammlungen gemacht. Dieses Beteiligungsinstrument gilt  
es zu nutzen.

20 Eine mögliche Regierungsbeteiligung der SPD auf Bundesebene muss nach dem Wahlausgang  
vom 22. September 2013 durch Basisbeteiligung legitimiert werden. Deswegen fordern wir den  
Partei Vorstand auf, gemäß § 13, Abs. 4 b des Organisationsstatuts einen Mitgliederentscheid vor  
dem Hintergrund konkreter Verhandlungsergebnisse durchzuführen.

25

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 52**

## **Mitgliederentscheid vor Abschluss von Koalitions- und/oder Duldungsvereinbarungen zur Bildung einer Regierung**

Die SPD führt vor Abschluss von Koalitions- und/oder Duldungsvereinbarungen mit einer oder mehreren im neu gewählten Bundestag vertretenen Fraktionen zur Bildung einer Regierung einen Mitgliederentscheid durch.

5

Dazu sind allen Mitgliedern die Ergebnisse aus den Sondierungsgesprächen mit allen im Bundestag vertretenen Fraktionen unter dem Gesichtspunkt einer größtmöglichen Umsetzung der im Regierungsprogramm festgelegten Wahlziele darzulegen.

10 Den Mitgliedern wird dann innerhalb einer angemessenen Frist die Möglichkeit gegeben über die möglichen Koalitions- und/oder Duldungsvereinbarungen abzustimmen, auch ein Verzicht auf Regierungsbeteiligung sowie mögliche Minderheitsregierungen sind hierbei alternativ zur Abstimmung zu stellen.

15 Das Ergebnis des Mitgliederentscheides ist für die Bundestagsfraktion bindend.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 54  
02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez  
(Landesverband Berlin)*

## **Mitgliederentscheid zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen im Bund**

Der Parteivorstand wird aufgefordert, für den Fall, dass sich nach den Sondierungsgesprächen mit den anderen Parteien nach der Bundestagswahl 2013 die Frage nach der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen stellt, zwingend einen Mitgliederentscheid mit der Fragestellung

5 durchzuführen, ob Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden sollen.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 55  
Ortsverein Helmstedt  
(Bezirk Braunschweig)*

## **Mitgliederentscheid über Koalition der SPD**

Die SPD soll vor einer Entscheidung über eine Koalition zur Bildung der Bundesregierung einen Mitgliederentscheid durchführen.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 57  
Ortsverein Hannover Mitte  
(Bezirk Hannover)*

## **Das WIR entscheidet-Inhalte vor Koalitionen!**

2009 war für die SPD eine historische Zäsur: nach 4 zum Teil quälenden Jahren in der Großen

Koalition mit CDU/CSU brach die Partei um mehr als 11 % auf nur noch 23% ein. Dies war Folge einer Politik, in der die SPD nicht mehr als glaubwürdig angesehen werden konnte.

5

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in den vergangenen Jahren einen langen, inhaltlichen, Erneuerungsprozess bestritten, der mit der Bundestagswahl noch keinen Abschluss gefunden hat. Insbesondere erfreulich ist die Wiederannäherung an die Gewerkschaftsbewegung!

10 Erfreulicherweise unterschieden sich die Parteiprogramme von CDU/CSU und SPD bei der Bundestagswahl 2013 wie lange nicht –zahlreiche Unterschiede bei Rente, Pflege, Gesundheit, Arbeitsmarkt und Gesellschaftspolitik, um nur einige Felder zu nennen, haben viele WählerInnen davon überzeugt, dass es sich lohnt, für die SPD und damit für einen echten Richtungswechsel zu stimmen. Leider hat die angestrebte Koalition aus SPD und Grünen keine Mehrheit erhalten, wohl aber haben die Parteien „links der Mitte“ eine Gestaltungsmehrheit im Bundestag und Bundesrat hinter sich. Diese Mehrheit kann man nutzen!

Wir fordern daher den Parteivorstand der SPD auf, in mögliche Gespräche nur mit klaren inhaltlichen Positionen zu gehen. Dazu gehören für uns mindestens folgende Punkte:

20

-Flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von zunächst 8,50 €  
-Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, bei der Entlohnung von Frauen und Männern sowie LeiharbeiterInnen und festangestellten ArbeitnehmerInnen, Begrenzung der Leiharbeit, Eindämmung von Werkverträgen  
25 -Einführung der gesetzlichen Frauenquote in Gremien börsennotierter Unternehmen  
-Einstieg in die solidarische BürgerInnenversicherung bei Gesundheit und Pflege  
-Große Rentenreform auf Basis unseres Rentenkonzeptes mit Einführung der Solidarrente von 850 € sowie der „45/63-Regelung“  
-Abschaffung des Betreuungsgeldes und Investition in frühkindliche Bildung  
30 -Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern bei der Bildung  
-Neustart der Energiewende mit klaren Zuständigkeiten  
-Doppelte Staatsbürgerschaft ohne Beschränkungen  
-Bezahlbares Wohnen (Mietpreiskontrolle, MaklerInnenkosten)  
-Neustart der Finanzmarktregulierung  
35 -Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte (Spitzensteuersatz auf 49%, Wiedereinführung Vermögenssteuer u.ä.) gemäß unseres solidarischen Steuerkonzeptes  
-Kampf dem Steuerbetrug  
-vollständige rechtliche Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Ehen/Lebenspartnerschaften

40

Diese Punkte und unser Wahlprogramm sind klarer inhaltlicher Maßstab für jedwede Form der Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen des 18. Deutschen Bundestages.

45 Eine Große Koalition ist aus unserer Sicht auch eine Gefahr für die Demokratie –wenn 4/5 der Sitze im Bundestag durch die Regierung gestellt werden, wird der außerparlamentarische, insbesondere rechtsextremistische, Rand in diesem Land gestärkt. Das kann nicht im Sinne dieses Landes und der freiheitlichen Demokratie sein!

50 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es daher nur schwer vorstellbar, dass eine „Große Koalition“ aus CDU, CSU und SPD eine Lösung für die anstehenden Probleme dieses Landes darstellt. Wir wollen nicht nur einen Regierungs-sondern einen klaren Politikwechsel! Die SPD würde in einer von Angela Merkel geführten Koalition ansonsten

wie schon 2005-2009 nur ihr sozialdemokratisches Profil verlieren!

55 Zudem ist angesichts der aktuellen Situation zu überlegen, inwieweit dem Parlament eine größere Gestaltungsfreiheit zukommen muss, indem z.B. Festlegungen in Koalitionsvereinbarungen Öffnungsklauseln etc. enthalten bis hin zu der Überlegung, eine Regierung personell –jedoch nicht inhaltlich vollumfänglich zu unterstützen. Dazu gehören auch Gespräche mit allen im Parlament vertretenen Parteien.

60

Darüber hinaus ist es aus unserer Sicht notwendig, die Parteibasis in die Entscheidungsfindung einzubeziehen –mit Diskussionsforen und einem erforderlichen Mitgliederentscheid!

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 61***

*Ortsverein Edesheim*

*(Landesverband Rheinland-Pfalz)*

### **Mitgliederentscheid**

Der Parteikonvent möge einen Mitgliederentscheid über einen eventuell erarbeiteten Koalitionsvertrag beschließen. Die Verhandlungsergebnisse sind unter dem Vorbehalt des Mitgliederentscheides zu stellen.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 62***

*Kreisverband Dithmarschen*

*(Landesverband Schleswig-Holstein)*

### **Mitgliederbefragung**

Die SPD Bundestagsfraktion und der SPD Bundesvorstand werden aufgefordert, dass sich die SPD Deutschland nicht an einer großen Koalition mit der CDU/CSU beteiligen wird.

5 Weiterhin werden SPD Bundestagsfraktion und der SPD Bundesvorstand aufgefordert, vor einer endgültigen Entscheidung eine Befragung aller Mitglieder vorzunehmen, um für das weitere Vorgehen eine mehrheitlich getragene Zustimmung zu erhalten.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 63***

*Unterbezirk Steinfurt*

*(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

### **Vor der Wahl und nach der Wahl: Die SPD im Kreis Steinfurt steht für einen klaren inhaltlichen Kurs.**

1. Die CDU/CSU-FDP-Koalition hat keine Mehrheit mehr. Es wird keine Fortsetzung der Politik der schwarz-gelben Bundesregierung geben.

5 2. Eine Mehrheit für einen rot-grünen Politikwechsel konnten wir nicht erreichen, obwohl das Vertrauen der Menschen in die Sozialdemokratie leicht gestiegen ist. Aber das Wahlergebnis zeigt auch: Neues Vertrauen wächst nur langsam.

10 3. Die Union ist in der Verantwortung, eine Bundesregierung zu bilden. Der Ball liegt im Feld von Kanzlerin Angela Merkel. Sie ist von den Wählerinnen und Wählern beauftragt, eine Regierung zu organisieren.

15 4. Das Wahlergebnis ist für uns Auftrag und Verantwortung zugleich. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns, dass wir bei unseren Inhalten verlässlich bleiben.

Die SPD steht in ungebrochener Tradition. Seit 150 Jahren haben wir uns immer an unseren Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert. Anders als politische Mitbewerber haben wir uns an unseren Inhalten – und nicht an Mehrheiten – orientiert.

20 Die SPD ist nicht dafür angetreten, um als Mehrheitsbeschafferin die CDU an der Regierung zu halten und ihr so eine Fortsetzung der bisherigen Politik zu ermöglichen.

Wir verweigern uns keinen Gesprächen, aber Grundlage ist für uns das SPD Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013. Die hier festgeschriebenen Anforderungen, insbesondere für eine gerechte und auskömmliche Steuer-, Finanz und Haushaltspolitik, eine Stärkung der Kommunen, eine Politik für gute Arbeit und die gerechte Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme sowie eine verantwortliche Gestaltung der Energiewende, müssen Messlatte bleiben.

30 In einem sehr engagierten Wahlkampf sind wir für einen Politikwechsel in Deutschland angetreten. Wir wollen einen allgemeinen, flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn. Wir wollen gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, für Frauen und Männer, Stammebelegschaften und Leiharbeiterinnen und –arbeitnehmer. Wir wollen eine gesetzliche und klare Quote für mehr Frauen in Führungspositionen. Wir wollen ein gerechteres Steuersystem, in dem  
35 diejenigen, die mehr als 100.000 Euro im Jahr versteuern, mehr beitragen zur Finanzierung von Bildung, Infrastruktur und zur Schuldentilgung. Wir wollen eine Bürgerversicherung, die unser Gesundheitssystem stärkt und solidarischer macht.

Wir benennen weitere klare inhaltliche Positionen: Rente, Staatsbürgerschaft, Betreuungsgeld,  
40 Kommunal Finanzen, europäischer Wachstumspakt und eine wirksame Bankenregulierung.

Ebenso klar ist: Eine Demokratie braucht auch eine starke Opposition, die als klare Alternative zur Regierungsmehrheit wirkt.

45 5. Die NRWSPD wird eine breite Beteiligung der Gremien und Mitglieder an möglichen Entscheidungsprozessen sicherstellen. Dabei wird bei allen Prozessen fortlaufend – wie schon 2010 – eine Meinungsbildung herbeigeführt, um eine breite Akzeptanz zu erreichen.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 65***

*110 Kreis Lichtenberg  
(Landesverband Berlin)*

### **Mitgliederentscheid zum Koalitionsvertrag**

Nach der schmerzlichen Wahlniederlage in 2009 ist die SPD hinsichtlich der Beteiligung ihrer Mitglieder neue Wege gegangen. Im vom Parteivorstand eingebrachten organisationspolitischen Grundsatzprogramm bekannte sich der Berliner Parteitag 2011 dazu: „  
5 [...] die Beteiligungsmöglichkeiten unserer Mitglieder massiv auszuweiten.“ Entsprechende

Änderungen des Organisationsstatuts wurden beschlossen.

10 Gleichmaßen wurde im genannten organisationspolitischen Grundsatzprogramm betont: „  
Uns geht es in erster Linie um Praxisänderungen, nicht bloß um Satzungsänderungen.“ Nach  
diesen ersten erfolgreichen Schritten hin zu einer dynamischeren Mitgliederpartei sollten die  
geschaffenen Potentiale und verlaublichen Ziele auch in der Praxis voll ausgeschöpft werden.

15 Das bedeutet, die Mitglieder gerade auch bei gewichtigen Fragen mitbestimmen zu lassen.  
Sigmar Gabriel hat dies bereits in seiner Rede auf dem Dresdner Parteitag 2009 unterstrichen,  
indem er eine Urwahl durch alle Mitglieder bei wichtigen Fragen nahelegte.

20 Ein möglicher Koalitionsvertrag mit politischen Partnern zum Zwecke einer Regierungsbildung  
bindet die bundespolitische Ausrichtung der SPD für den Zeitraum einer Legislaturperiode von  
vier Jahren. Es wäre geboten, die Genossinnen und Genossen daran teilhaben zu lassen.

Daher wird im Falle der Aushandlung eines Koalitionsvertrags mit anderen Parteien nach der  
Bundestagswahl 2013, ein Mitgliederentscheid initiiert, der über die Annahme oder Ablehnung  
desselben zu bestimmen hat.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 67**  
*Kreis IV Nord*  
*Kreis III Eimsbüttel*  
*(Landesorganisation Hamburg)*

## **Mitgliederentscheid vor Koalitionsverhandlungen**

Vor Abschluss eines etwaigen Koalitionsvertrages muss ein Mitgliederentscheid stattfinden.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 68**  
*Ortsverein Mainz-Altstadt*  
*(Landesverband Rheinland-Pfalz)*

## **Resolution des SPD-Ortsvereins Mainz-Altstadt**

1. Ja zu Rot-Grün

5 Es war richtig, die Grünen vor der Wahl klar als den gewünschten Koalitionspartner zu  
benennen.

2. Nein zur "Ausschließeritis"

10 Es war falsch, sämtliche anderen Parteien als potenzielle Koalitionspartner vor der Wahl  
auszuschließen. Grundsätzlich müssen alle demokratischen Parteien untereinander  
gesprächsbereit und - bei ausreichend inhaltlicher Übereinstimmung - koalitionsfähig sein.  
Sollte die Wunschkoalition durch die Wählerinnen und Wähler keine ausreichende  
Stimmenanzahl erhalten, ist nach der Wahl über mögliche Koalitionen zu entscheiden.  
Ausschlüsse vor der Wahl reduzieren unsere Gestaltungsoptionen, lassen an unserem

15

Gestaltungswillen zweifeln und werden von Wählerinnen und Wählern nicht mehr goutiert.

### 3. Schluss mit der Sonderrolle für die Linkspartei

20 Im Umgang mit der Linkspartei darf es keine Sonderrolle mehr geben. Ob sie für eine Koalition geeignet ist, ist künftig anhand inhaltlicher Kriterien zu entscheiden. Die Linkspartei in eine Schmutzdecke zu drängen, hat sich nicht bewährt. Im Gegenteil kann es künftig sinnvoll sein, sie stärker in die Verantwortung zu nehmen.

### 25 4. Wort halten: Kein Automatismus für eine Regierungsbeteiligung

Die SPD hat vor der Wahl bekannterweise nicht nur eine Koalition mit der Linkspartei ausgeschlossen, sondern auch mit der CDU/CSU. Auch wenn beides ein Fehler war, ist es aus Respekt vor unseren Wählerinnen und Wählern und besonders unseren Wahlkämpferinnen und  
30 -kämpfern richtig, sich bezüglich einer Regierungsbeteiligung sehr zurückzuhalten. Es besteht aktuell keine Notwendigkeit, direkt in Koalitionsverhandlungen zu treten, denn hier geht es um die Wahrung unserer Glaubwürdigkeit.

### 5. Wort halten: SPD weiterhin für Politikwechsel

35

Eine Koalition ist aktuell oder bis zur nächsten Bundestagswahl erst dann anzustreben, wenn dadurch ein Politikwechsel ermöglicht wird. Es erscheint äußerst fraglich, ob dies mit der CDU/CSU möglich sein kann. Maßstab für einen Politikwechsel ist unser Wahlprogramm - ganz besonders sind es die Punkte unseres 100-Tage-Programms: Eine "große Koalition" ist  
40 nur denkbar, wenn sie von Anfang an eine klare sozialdemokratische Handschrift trägt. Sollte dies nicht möglich sein, gehört die SPD in die Opposition. Für diesen Fall ist zu prüfen, ob die SPD punktuell eine Minderheitsregierung unter CDU-Kanzlerin Merkel tolerieren kann, wenn zuvor SPD und Union den Geltungsbereich einer Tolerierung ausgehandelt und vertraglich bindend festgelegt haben.

45

### 6. Mitglieder stärker beteiligen

Der Parteikonvent ist ein erster wichtiger Schritt, um die Mitglieder zu beteiligen. Als Versammlung von lediglich rund 200 Mitgliedern ist er jedoch keine ausreichende Basis, da  
50 auch die zehntausenden ehrenamtlichen Aktiven eingebunden werden müssen. Einen Mitgliederentscheid über die einfache Frage, ob Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden oder nicht, sehen wir jedoch - nach ausführlicher Diskussion - in diesem speziellen Fall kritisch, weil jedes Ergebnis die SPD in eine schwierige strategische Position führt. Wir wünschen uns eine diskursive und an Inhalten orientierte Beteiligung der Mitglieder.

## **Antragsbereich KOA/ Antrag 70**

*Ortsverein Marienburger Höhe/Itzum  
(Bezirk Hannover)*

## **Zum Verfahren für Koalitionsaussagen**

1. Der OV fordert, dass die Koalitionsgespräche zwischen den Parteien auf Bundesebene geführt werden, die Mitglieder der Partei über das Ergebnis informiert und um Zustimmung gebeten werden.

5

2. Der OV gibt keine Koalitionsempfehlung, weil er vorher wissen muss, welche Ziele im Koalitionsvertrag vereinbart werden sollen und wer welche Ministerien erhält.
3. Für die Zukunft und ein für allemal: Keine Koalitionsaussagen vor der Wahl! Wir werben um die Mehrheit für unser Programm und unsere Kandidatinnen und Kandidaten! Jeder Koalitionsaussage kostet uns Wählerstimmen.
- 10

*Antragsbereich KOA/ Antrag 71*  
*Ortsverein Spiesen-Elversberg*  
*(Landesverband Saar)*

### **Durchführung eines Mitgliederentscheides gem. § 13 OrgStatut**

Der Parteikonvent möge beschließen, dass nach Abschluss der Sondierungsgespräche zwischen den Parteien im Deutschen Bundestag zu den unten genannten Fragen gem. 13 OrgStatut ein Mitgliederentscheid durchgeführt wird.

5

Sollte der Parteikonvent nach den Organisationsstatuten für den vorgenannten Beschluss nicht zuständig sein, beantragt der SPD Ortsverein Spiesen-Elversberg, dass der Parteikonvent den Parteivorstand beauftragt darüber abzustimmen, ob ein Mitgliederentscheid gem. § 13 OrgStatut zu folgenden Fragen durchgeführt wird:

10

1. ob Koalitionsverhandlungen mit den Parteien CDU und CSU aufgenommen werden sollen

und, falls es ein Votum für Koalitionsverhandlungen gibt,

15

2. welche Punkte des Wahl-Programms der SPD nicht verhandelbar sind.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 72*  
*Ortsverein Karlsruhe-Mitte*  
*(Landesverband Baden-Württemberg)*

### **Mitgliederbefragung durchführen**

Zur Frage der Koalitionsbildung wird eine Mitgliederbefragung durchgeführt, in der die SPD-Mitglieder darüber entscheiden, mit welcher Partei die SPD Koalitionsverhandlungen führen darf.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 73*  
*Ortsverein Karlsruhe-Daxlanden*  
*(Landesverband Baden-Württemberg)*

### **Mitgliederentscheid**

Über die Koalitionsbildung soll ein Mitgliederentscheid abgehalten werden.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 74*

*Unterbezirk Göttingen  
(Bezirk Hannover)*

### **Mitgliederentscheid**

Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert sicherzustellen, dass eine Koalition durch einen vorherigen Mitgliederentscheid legitimiert wird.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 75  
01/01 Rosenthaler Vorstadt  
(Landesverband Berlin)*

### **Mitgliederentscheid**

Über eine Regierungsbeteiligung oder Nichtbeteiligung entscheidet ein Mitgliederentscheid. Das Ergebnis ist bindend.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 77  
Unterbezirk Günzburg  
(Landesverband Bayern)*

### **Mitgliederentscheid**

Wir fordern einen Mitgliederentscheid zum Thema Regierungsbildung.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 10**  
*Unterbezirk Bad Tölz-Wolfratshausen*  
*(Landesverband Bayern)*

### **Keine große Koalition**

Der Vorstand des SPD-Kreisverbands Bad Tölz-Wolfratshausen fordert die Mitglieder im Parteikonvent auf, sich gegen eine große Koalition CDU/CSU und SPD in der neuen Bundesregierung zu entscheiden. Diese Erwartung wird von einer Vielzahl unserer Mitglieder mitgetragen.

5

**Antragsbereich KOA/ Antrag 11**  
*040 Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf*  
*(Landesverband Berlin)*

### **Keine große Koalition**

Der SPD-Konvent möge beschließen: Wir lehnen eine Große Koalition ab.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 16**  
*Ortsverein Augustfehn*  
*(Bezirk Weser-Ems)*

### **Keine große Koalition**

Der OV Augustfehn beantragt, auf eine große Koalition zu verzichten.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 18**  
*Ortsverein Hochstadt*  
*(Landesverband Rheinland-Pfalz)*

### **Keine große Koalition**

Der Parteikonvent möge beschließen, dass die SPD auf Bundesebene keine Große Koalition mit der CDU/CSU eingeht.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 20**  
*Ortsverein Meldorf*  
*(Landesverband Schleswig-Holstein)*

### **Keine große Koalition**

Die SPD Bundestagsfraktion und der SPD Bundesvorstand werden aufgefordert, dass sich die SPD Deutschland nicht an einer großen Koalition mit der CDU/CSU beteiligen wird.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 22**

## **Keine Große Koalition**

Der Parteikonvent möge beschließen: Die SPD wird im 18. Deutschen Bundestag mit der CDU / CSU keine Regierungskoalition bilden.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 23  
Ortsverein Nienstädt  
(Bezirk Hannover)*

## **Keine große Koalition**

Der Parteikonvent beschließt:

- 5 1. Aufgrund des eindeutigen Wahlergebnisses und der starken Abweichungen der CDU/CSU von den politischen Zielen der SPD werden keine Verhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition geführt.
2. Der SPD-Vorstand wird aufgefordert, für eine klare und unverkennbare inhaltliche Positionierung der Partei zu sorgen sowie einen personellen Neuanfang in den Spitzenpositionen zu ermöglichen.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 29  
Ortsverein Eußerthal  
(Landesverband Rheinland-Pfalz)*

## **Keine große Koalition**

Unser Ortsverein spricht sich aus gegen eine große Koalition.

*Antragsbereich KOA/ Antrag 32  
05/02 Neustadt  
(Landesverband Berlin)*

## **Die SPD wird keine Koalition mit der CDU eingehen**

- Eine solche Koalition wäre ein Verrat an den Wählern und Wählerinnen der SPD, denen wir im Wahlkampf sozialdemokratische Inhalte versprochen haben. Wir haben dem Wähler nachgewiesen, dass diese Ziele mit der CDU nicht verwirklicht werden können. Der Spitzenkandidat hat glaubwürdig versichert, dass er mit dieser CDU nicht zusammenarbeiten würde.
- 5

Diese inhaltlichen Wahlversprechen sind mindestens ebenso gewichtig wie die Zusicherung mit der Linken keine Koalition einzugehen. Die SPD ist an beide Wahlversprechen gebunden.

10

Die Sozialdemokratie ist seit 150 Jahren die einzige politische Kraft, die als Volkspartei gegen antidemokratische Kräfte und für den Frieden gekämpft hat. Und dieser Kampf ist immer in dem

Bewusstsein geführt worden, dass nur eine soziale Gesellschaft die Demokratie tragen kann und der Friede in der Welt nur durch Solidarität mit allen Völkern gesichert werden kann.

15

Mit einer Kanzlerin, die „Geltung Deutschlands in der Welt“ mit Kriegsdrohungen und damit notwendiger Weise Kriegsbereitschaft erkaufen will, haben wir nichts gemein.

***Antragsbereich KOA/ Antrag 34***

*Ortsverein Bad Zwesten-Oberurff-Schiffelborn  
(Bezirk Hessen-Nord)*

**Keine große Koalition**

Die SPD darf keine Koalition mit der CDU eingehen.

***Antragsbereich KOA/ Antrag 38***

*Unterbezirk Münster  
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Keine Große Koalition**

Die SPD Münster will keine Große Koalition.

***Antragsbereich KOA/ Antrag 42***

*Unterbezirk Dortmund  
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Keine große Koalition**

**Der Dortmunder SPD- Vorstand fordert den Parteivorstand auf, sich gegen eine Große Koalition auszusprechen.**

- 5 Falls uns die Union allerdings zu Sondierungsgesprächen einlädt, dann plädieren wir dafür, uns diesen Gesprächen nicht zu verweigern. Voraussetzung muss allerdings sein, dass es bei den Gesprächen, angeführt von unserem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, ausschließlich um inhaltliche Fragen und nicht um personelle Überlegungen geht.
- 10 Forderungen aus unserem Wahlprogramm wie z.B. der gesetzliche Mindestlohn, Gute Bildung für Alle – auch durch Kostenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule, die Rente zum Leben -Gegen Altersarmut, für bezahlbares Wohnen, für Kitas statt Betreuungsgeld, für gerechte Steuern und solide Kommunal финанzen, müssen vom ersten Tag an Gegenstand der Gespräche sein.
- 15 Darüber hinaus fordern wir, dass auch die Zwischenergebnisse mit der Mitgliedschaft rückgekoppelt werden.

Wenn das Ergebnis der Sondierungsgespräche vorliegt, soll ein Mitgliederentscheid durchgeführt werden.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 43**  
*Kreisverband Höxter*  
*(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

### **Keine große Koalition**

Der SPD-Kreisvorstand Höxter hat einen einstimmigen Beschluss gegen die Bildung einer großen Koalition gefasst.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 46**  
*Ortsverein Nienstädt*  
*(Bezirk Hannover)*

### **Keine große Koalition**

1. Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU zur Bildung einer Großen Koalition werden nicht geführt.
2. Der Vorstand wird aufgefordert, für eine klare Positionierung und Profilschärfung der SPD zu sorgen.
3. Eine personelle Neubesetzung von Spitzenpositionen ist mit Personen anzustreben, die neuere Ziele der Partei authentisch und glaubwürdig vertreten können.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 47**  
*Unterbezirk Osnabrück-St.*  
*(Bezirk Weser-Ems)*

### **Keine große Koalition**

Der Parteikonvent möge beschließen, nach der Bundestagswahl 2013 keine Große Koalition mit der CDU/CSU einzugehen zum Zweck der Regierungsbildung.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 48**  
*Unterbezirk Koblenz-Stadt*  
*(Landesverband Rheinland-Pfalz)*

### **Keine große Koalition**

Der Parteikonvent möge beschließen, einer großen Koalition nicht beizutreten.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 49**  
*Unterbezirk Nürnberger Land*  
*(Landesverband Bayern)*

### **Keine große Koalition**

Der Parteikonvent beschließt, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht in

Verhandlungen mit der CDU und der CSU über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung eintritt. Der Parteikonvent fordert die SPD-Führung dazu auf, eine Große Koalition für diese  
5 Legislaturperiode des Bundestags auszuschließen.

***Antragsbereich KOA/ Antrag 50***

*Ortsverein Hebertshausen  
(Landesverband Bayern)*

**Keine große Koalition**

Die SPD geht keine Regierungskoalition mit der CDU/CSU ein. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird in Verantwortung für unser Land in der Opposition für eine gerechte und zukunftsfähige Politik kämpfen.

***Antragsbereich KOA/ Antrag 51***

*Ortsverein Grübentälchen-Volksp  
(Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Keine große Koalition**

Wir fordern, dass die SPD keine Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU führt und keine große Koalition mit der CDU/CSU eingeht.

***Antragsbereich KOA/ Antrag 56***

*Ortsverein Bestensee  
(Landesverband Brandenburg)*

**Keine große Koalition**

SPD soll keine Große Koalition mit der CDU/CSU eingehen!

***Antragsbereich KOA/ Antrag 58***

*Ortsverein Berg  
(Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Keine große Koalition aufgrund der Bundestagswahl**

Der Parteikonvent fordert den Parteivorstand auf, jetzt keine große Koalition mit der CDU/CSU zu vereinbaren. Die punktuelle Duldung einer CDU/CSU-Minderheitsregierung steht dem nicht entgegen.

***Antragsbereich KOA/ Antrag 60***

*Unterbezirk Ennepe-Ruhr  
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**SPD in der Regierung muss sozialdemokratische Regierungspolitik bedeuten!**

Für uns gilt: Wir treten nur in eine Bundesregierung ein, wenn sozialdemokratische Wahlversprechen für eine gerechtere und wirtschaftspolitisch vernünftige Regierungspolitik umgesetzt werden. Wir wollen eine gerechtere Regierung, die heute die notwendigen Weichen zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft stellt und für den sozialen Fortschritt und gesellschaftliche Modernisierung sorgt. Deshalb sind folgende Eckpunkte unverzichtbare Bestandteile von Koalitionsverhandlungen, die mit der SPD geführt werden:

1. Der gesetzliche Mindestlohn muss kommen.
- 10 2. Die Rente mit 67 muss ausgesetzt werden, solange nicht mindestens die Hälfte aller 60 bis 65jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Das Rentenniveau muss bis mindestens 2020 stabil bleiben.
3. Das Betreuungsgeld muss abgeschafft werden. Die dadurch frei werdenden Mittel werden in den zusätzlichen Ausbau der Kinderbetreuung investiert.
- 15 4. Das Kooperationsverbot in der Bildung muss abgeschafft werden. Bund und Länder müssen 20 Mrd. Euro zusätzlich in Bildung investieren, u.a. um die Ausbildungsgarantie umzusetzen und den Ganztagschulausbau neu zu beleben.
5. Die nächste Regierung muss den Einstieg in die solidarische Bürgerversicherung mit einer Lastenverteilung auf alle Schultern, mit einem einheitlichen Handlungsrahmen für alle
- 20 Krankenkassen und einer einheitlichen Honorarordnung schaffen.
6. Die Kommunen müssen entlastet werden. Dazu brauchen wir die Garantie der bereits vereinbarten Schritte zur Übernahme von Anteilen der Eingliederungshilfe durch den Bund und weitere Entlastungsschritte.
7. Deutschland braucht einen Pakt für Bildung und Entschuldung. Dafür müssen die besonders
- 25 hohen Einkommen und Erbschaften für die Finanzierung von Zukunftsaufgaben in Bildung und Infrastruktur herangezogen werden. Dazu gehört die Erhöhung von Vermögens- und Abgeltungssteuer genauso wie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie die Abschaffung besonderer steuerlicher Privilegien wie Hoteliers und reiche Erben.
8. Deutschland muss sich in der Europapolitik für einen Politikwechsel einsetzen. Eine
- 30 gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik hat den wirtschaftlichen Ungleichgewichten in Europa entgegenzuwirken. Notwendig ist ein Investitionsprogramm, das Wachstum ankurbelt und neue Arbeitsplätze schafft. Die Demokratisierung muss die Diktate des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission beenden. Notwendig ist eine
- 35 Regulierung der Finanzmärkte z.B. durch eine Finanztransaktionssteuer, eine Trennung der Hauptaufgaben der Banken von ihren Spekulationsgeschäften.

Unter diesen Voraussetzungen kann die SPD in eine neue Bundesregierung eintreten und sozialdemokratische Regierungspolitik verwirklichen. Wir fordern die Durchführung eines Mitgliederentscheids über einen möglichen Koalitionsvertrag.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 64***

*Ortsverein Aidlingen*

*(Landesverband Baden-Württemberg)*

### **Keine große Koalition**

Der SPD Ortsverein Aidlingen stellt den Antrag, keine Koalition mit der CDU/CSU einzugehen. Die Auswirkungen der großen Koalition 2005 bei den Wahlen 2009 haben wir nicht vergessen.

5        Stattdessen erwarten wir, dass die SPD Fraktion eine starke Opposition bildet.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 66**  
*Unterbezirk Mönchengladbach*  
*(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

### **Keine große Koalition**

1. CDU und CSU sind in der Verantwortung, die zukünftige Bundesregierung zu bilden. Der Ball liegt im Feld der Bundeskanzlerin. Sie ist von den Wählerinnen und Wählern mit der Regierungsbildung beauftragt worden.

5

2. Das Wahlergebnis ist für die SPD Auftrag und Verantwortung zugleich. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns, dass wir bei unseren Inhalten verlässlich bleiben.

10 Die SPD steht in ungebrochener Tradition. Seit 150 Jahren haben wir uns immer an unseren Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert. Anders als politische Mitbewerber haben wir uns an unseren Inhalten – und nicht an Mehrheiten – orientiert.

15 Die SPD ist nicht dafür angetreten, um als Mehrheitsbeschafferin die CDU an der Regierung zu halten und ihr so eine Fortsetzung der bisherigen Politik zu ermöglichen.

20 Grundlage ist für uns das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013. Die hier festgeschriebenen Anforderungen, insbesondere für eine gerechte und auskömmliche Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik, einer Politik für gute Arbeit und die gerechte Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme sowie einer verantwortlichen Gestaltung der Energiewende, müssen Messlatte bleiben.

3. Klar ist für uns: Eine Demokratie braucht nicht nur eine Opposition, die als klare Alternative zur Regierungsmehrheit wirkt, sondern auch eine handlungsfähige und starke SPD, die als Volkspartei über das Jahr 2017 hinaus wirkt!

**Antragsbereich KOA/ Antrag 76**  
*Ortsverein Möser*  
*(Landesverband Sachsen-Anhalt)*

### **Keine große Koalition im Bund**

Der außerordentliche Parteikonvent möge beschließen:

5 Die SPD lehnt die Aufnahme von Verhandlungen mit CDU bzw. mit CDU/CSU, welche die Bildung einer gemeinsamen Regierung in der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages zum Ziel haben, ab.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 78**

*Unterbezirk Günzburg  
(Landesverband Bayern)*

### **Keine große Koalition**

Der Vorstand des Unterbezirks Günzburg lehnt eine große Koalition mit der CDU/CSU ab. Eine von der Opposition geduldete Regierung hat sich in einigen Ländern mehrfach bewährt. Dieser Weg erscheint uns sinnvoller als eine Koalition mit der CDU/CSU.

5

#### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 80***

*Unterbezirk Kempten GSt.  
(Landesverband Bayern)*

### **Keine große Koalition**

Die SPD steht für eine Koalition mit der CDU/CSU zur Zeit nicht zur Verfügung.

#### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 82***

*Ortsverein Plankstadt  
(Landesverband Baden-Württemberg)*

### **Keine große Koalition**

Der Ortsverein Plankstadt fordert die Bundes-SPD auf, sich gegen eine große Koalition mit der CDU/CSU nach der Bundestagswahl 2013 auf dem Parteikonvent am 27. September 2013, auszusprechen.

#### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 53***

*Ortsverein Minden-Mitte  
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

### **Keine Große Koalition im Bund- Gespräche mit den Linken zukünftig nicht ausschließen**

Keine Schwarz-Rote Koalition im Bund, das hat der SPD Ortsverein Minden auf seiner jüngsten Mitgliederversammlung am 24.09.2013 gefordert. Der Ausgang der Bundestagswahl zeigt, dass eine Mehrheit links der Mitte im Bundestag möglich ist. Zukünftig soll im Wahlkampf der SPD keine Festlegung getroffen werden, mit wem eine Koalition möglich ist oder nicht. Wer im Bundestag ist, ist demokratisch legitimiert. Für Koalitionen müssen die programmatischen Übereinstimmungen gesucht werden. Vorfestlegungen sind nicht hilfreich.

5

Der SPD Ortsverein Minden hat das Wahlergebnis ausführlich analysiert. Mit dem Ergebnis in Minden selbst kann der Ortsverein zufrieden sein, liegt es doch deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Zugleich freut sich der Ortsverein sehr, dass Achim Post Mitglied des Bundestags ist. Er gratuliert zum Einzug ins Bundesparlament, wobei das Erststimmenergebnis in Minden ebenfalls einen guten Erfolg darstellte. Der Vorsitzende dankte allen Helferinnen und Helfern für ihren Einsatz.

15

- Das Gesamtergebnis ist jedoch enttäuschend und die nun diskutierte große Koalition ist schon deshalb nicht wünschenswert, weil dann weit mehr als 80 Prozent der Parlamentarier in die Regierungsdiziplin eingebunden sind. Die Verfassungswirklichkeit ist ja, dass die Regierungsparteien mit der Regierung stimmen. Die wirkliche Opposition sind ja nur die nicht in der Regierung vertretenen Parteien. Mit einer großen Koalition ist der Spielraum für eine parlamentarische Opposition zu schmal. Zudem wird gefordert, dass innerhalb der SPD eine intensive Mitgliederbeteiligung bei der Entscheidung für Koalitionen, welcher Art auch immer, erfolgt. Die Mitglieder dürfen nicht übergangen werden.
- 20
- 25 Eine Einengung des politischen Gestaltungsraumes vor der Wahl wurde kritisiert. Eine Zusammenarbeit soll vor der Wahl nicht ausgeschlossen werden. Es kommt auf die programmatische Übereinstimmung mit der SPD an. Mit solchen Parteien müssen alle Formen der Zusammenarbeit, auch Koalitionen möglich sein. Ausdrücklich fordert der Ortsverein Minden, dass nach zukünftigen Wahlen Gespräche auch mit der Linken geführt werden und eine
- 30 Zusammenarbeit nicht mehr ausgeschlossen wird. So wie zur Regierungszeit von Willy Brandt der Wandel durch Annäherung erreicht wurde, muss das auch heute möglich sein.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 59***

*Kreisverband Wartburgkreis  
(Landesverband Thüringen)*

#### **Zur Koalitionsfrage**

Wir sehen eine große Koalition aus den Erfahrungen der Jahre von 2005 bis 2009 sehr kritisch.

- 5 Es sollte erst geprüft werden, ob zu einer großen Koalition andere Alternativen, wie z.B. die Tolerierung einer CDU Minderheitsregierung machbar wären. Sollte eine große Koalition unvermeidbar sein, ist dies nur mit einem Koalitionsvertrag mit der CDU zu vereinbaren, in dem alle Programmziele des SPD-100-Tage-Programm auch 100- prozentig umgesetzt werden.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 69***

*Unterbezirk Rheinisch-Bergischer-Kreis  
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

#### **Sozialdemokratische Inhalte**

Der SPD Unterbezirk Rheinisch-Bergischer Kreis empfiehlt dem am Freitag, 27.9.2013 in Berlin tagenden Parteikonvent, keine große Koalition anzustreben.

- 5 Die SPD ist nicht als Mehrheitsbeschafferin für die CDU gewählt worden, die Frau Merkel so eine Fortsetzung ihrer bisherigen Politik ermöglicht. Die Rheinisch-Bergische SPD befürwortet Gespräche mit der CDU. Dabei muss es aber um konkrete Inhalte, nicht um Personalentscheidungen gehen.
- 10 Die SPD im Rheinisch-Bergischen Kreis erwartet von der Bundespartei und der neuen SPD Bundestagsfraktion, dass jetzt Mehrheiten im Bundestag für sozialdemokratische Politik gesucht werden. Dies gilt insbesondere für
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit,

- 15
  - einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 €,
  - eine Solidarrente – wer 30 Beitragsjahre bzw. 40 Versicherungsjahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, wird mindestens 850 Euro Rente erhalten,
  - eine Anpassung des Rentenrechts, nach der jede Person, die 45 Jahre in der gesetzlichen Rente versichert war, ab dem 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen kann.
- 20
  - eine Abschaffung des Betreuungsgeldes, um mit den freien Mitteln 200.000 neue Kita-Plätze einzurichten
  - eine gerechte und auskömmliche Steuer-, Finanz-und Haushaltspolitik,
  - zusätzliche Investitionen des Bundes in die Infrastruktur – z.B. zur notwendigen Brückensanierung und
- 25
  - eine finanzielle Entlastung der Kommunen.

Ein Rot-Rot-Grünes Bündnis hat die SPD bei dieser Wahl völlig zu Recht ausgeschlossen. Daher darf es eine solche Koalition jetzt nicht geben! Aber im Bundestag bestehen sehr wohl bei einzelnen Sachthemen Mehrheiten – z.B. für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und einen gesetzlichen Mindestlohn. Diese müssen jetzt organisiert werden. Es gibt den Weg, eine CDU-Regierung zu ermöglichen und in bestimmten Sachfragen zu unterstützen, aber gleichzeitig bei anderen Fragen aus der Rolle der größten Oppositionspartei heraus Mehrheiten für eine gute Politik für die Menschen zu organisieren.

***Antragsbereich KOA/ Antrag 79***

*Unterbezirk Günzburg  
(Landesverband Bayern)*

**Keine Koalitionsausschlüsse**

Wir wollen nicht, dass in Zukunft vor der Wahl Koalitionsausschlüsse verkündet werden.

***Antragsbereich KOA/ Antrag 81***

*09/09 Baumschulenweg  
(Landesverband Berlin)*

**Rot-rot-grüne Koalition**

Die Parteiführung wird aufgefordert in Gesprächen mit der Partei Die Grünen und der Partei Die Linken zu prüfen, ob eine Regierungsbildung in der mit ihnen gegebenen parlamentarischen Mehrheit möglich ist.

# Sonstige

## *Antragsbereich So/ Antrag 1*

*Unterbezirk Hildesheim*

*(Bezirk Hannover)*

### **Handlungsbedarf bei Stromschulden**

Die SPD ist besorgt über die zunehmende Problematik der Stromschulden und setzt sich ein für

- 5 - eine gesetzliche Verankerung des Verbots der Stromabschaltung im Winterhalbjahr (Sept. – März)
- eine gesetzliche Verankerung des Verbots der Stromabschaltung für Familien mit Kindern unter 14 Jahren
- eine Bereitstellung eines pre-paid Modells mit kleinen Beträgen von allen Stromanbietern für die Fälle, in denen sich Stromschulden angehäuft haben oder sich anzuhäufen drohen.

**Empfehlungen der Antragskommission für die Anträge  
zum a.o. Parteikonvent 2013 am 27. September 2013 in Berlin**

	<b>Antragsteller</b>	<b>Überschrift</b>	<b>Empfehlung</b>
<b>KOA1</b>	<i>Landesverband Nordrhein-Westfalen</i>	Vor der Wahl und nach der Wahl: Die NRWSPD steht für einen klaren inhaltlichen Kurs.	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA2</b>	<i>Landesorganisation Bremen</i>	Sozialdemokratische Forderungen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA3</b>	<i>Landesverband Sachsen-Anhalt</i>	Wahlziel bleibt der Politikwechsel	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA4</b>	<i>Kreisverband Schl.-Flensburg (Landesverband Schleswig-Holstein) Landesverband Schleswig-Holstein</i>	Mitgliederentscheid zur möglichen Regierungsbeteiligung	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA5</b>	<i>Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten</i>	Weiter glaubwürdig für den Politikwechsel	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA6</b>	<i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i>	Für eine neue Gesellschafts- und Teilhabepolitik	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA7</b>	<i>Arbeitsgemeinschaft für Bildung</i>	Bildungspolitische Positionen für mögliche Koalitionsverhandlungen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA8</b>	<i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i>	Forderungen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA9</b>	<i>Unterbezirk Ansbach (Landesverband Bayern)</i>	Keine Regierungsbeteiligung ohne Mitgliederbefragung	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA12</b>	<i>040 Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf (Landesverband Berlin)</i>	Umsetzung sozialdemokratischer Forderungen	Ablehnung
<b>KOA13</b>	<i>Ortsverein Oberkirch-Zusenhofen (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	Mitgliederbefragung durchführen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA14</b>	<i>Kreisverband Recklinghausen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Keine Große Koalition! - 5 Forderungen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA15</b>	<i>Unterbezirk Unna (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Die SPD nach der Bundestagswahl: Mit klarem Profil die Unterschiede deutlich machen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA17</b>	<i>Ortsverein Sand am Main (Landesverband Bayern)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA19</b>	<i>Ortsverein Mannheim-Neckarau</i>	Durchführung Mitgliederentscheid	Erledigt durch Annahme von IA 1

	<i>Ortsverein Mannheim-Neckarstadt-Ost (Landesverband Baden-Württemberg)</i>		
<b>KOA21</b>	<i>Ortsverein Impflingen Ortsverein Wasgau (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>	Mitgliederentscheid durchführen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA24</b>	<i>Ortsverein Rolfzen-Hagedorn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Mitgliederentscheid	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA25</b>	<i>Ortsverein Tübingen (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	Kein Juniorpartner der CDU werden!	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA26</b>	<i>Kreisverband Erfurt (Landesverband Thüringen)</i>	Mitgliederentscheid	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA27</b>	<i>Ortsverein Uetersen (Landesverband Schleswig-Holstein)</i>	Mindestanforderung Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA28</b>	<i>Kreisverband Konstanz (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	Mitgliederentscheid durchführen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA30</b>	<i>Unterbezirk Neustadt/Bad Dürkheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>	Keine Große Koalition - die Basis beteiligen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA31</b>	<i>Unterbezirk Rosenheim Land (Landesverband Bayern)</i>	SPD gegen eine Koalition des Stillstandes	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA33</b>	<i>Ortsverein Schmölln (Landesverband Thüringen)</i>	Mitgliederentscheid und sozialdemokratische Forderungen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA35</b>	<i>Kreisverband Lübeck (Landesverband Schleswig-Holstein)</i>	Bewertung der Bundestagswahl aus Lübecker Sicht	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA36</b>	<i>Ortsverein Arnsberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Mitgliederentscheid zur Koalition auf Bundesebene	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA37</b>	<i>Ortsverein Stadthagen (Bezirk Hannover)</i>	Mitgliederbefragung einleiten	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA39</b>	<i>Ortsverein Falkensee (Landesverband Brandenburg)</i>	Mitgliederentscheid durchführen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA40</b>	<i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg</i>	Nein zur großen Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1

	<i>(Landesverband Berlin)</i>		
<b>KOA41</b>	<i>Kreisverband Mannheim (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	Mitgliederentscheid für das weitere Vorgehen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA44</b>	<i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i>	Jetzt muss es um Inhalte gehen!	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA45</b>	<i>Unterbezirk Märkischer Kreis (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Beteiligungsinstrumente nutzen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA52</b>	<i>Ortsverein Ginsheim-Gustavsburg (Bezirk Hessen-Süd)</i>	Mitgliederentscheid vor Abschluss von Koalitions- und/oder Duldungsvereinbarungen zur Bildung einer Regierung	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA54</b>	<i>02/13 Samariter-Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)</i>	Mitgliederentscheid zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen im Bund	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA55</b>	<i>Ortsverein Helmstedt (Bezirk Braunschweig)</i>	Mitgliederentscheid über Koalition der SPD	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA57</b>	<i>Ortsverein Hannover Mitte (Bezirk Hannover)</i>	Das WIR entscheidet-Inhalte vor Koalitionen!	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA61</b>	<i>Ortsverein Edesheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>	Mitgliederentscheid	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA62</b>	<i>Kreisverband Dithmarschen (Landesverband Schleswig-Holstein)</i>	Mitgliederbefragung	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA63</b>	<i>Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Vor der Wahl und nach der Wahl: Die SPD im Kreis Steinfurt steht für einen klaren inhaltlichen Kurs.	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA65</b>	<i>110 Kreis Lichtenberg (Landesverband Berlin)</i>	Mitgliederentscheid zum Koalitionsvertrag	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA67</b>	<i>Kreis IV Nord Kreis III Eimsbüttel (Landesorganisation Hamburg)</i>	Mitgliederentscheid vor Koalitionsverhandlungen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA68</b>	<i>Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>	Resolution des SPD-Ortsvereins Mainz-Altstadt	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA70</b>	<i>Ortsverein Marienburger Höhe/Itzum (Bezirk Hannover)</i>	Zum Verfahren für Koalitionsaussagen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA71</b>	<i>Ortsverein Spiesen-Elversberg</i>	Durchführung eines Mitgliederentscheides gem. § 13	Erledigt durch Annahme von IA 1

	<i>(Landesverband Saar)</i>	OrgStatut	
<b>KOA72</b>	<i>Ortsverein Karlsruhe-Mitte (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	Mitgliederbefragung durchführen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA73</b>	<i>Ortsverein Karlsruhe-Daxlanden (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	Mitgliederentscheid	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA74</b>	<i>Unterbezirk Göttingen (Bezirk Hannover)</i>	Mitgliederentscheid	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA75</b>	<i>01/01 Rosenthaler Vorstadt (Landesverband Berlin)</i>	Mitgliederentscheid	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA77</b>	<i>Unterbezirk Günzburg (Landesverband Bayern)</i>	Mitgliederentscheid	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA10</b>	<i>Unterbezirk Bad Tölz-Wolfratshausen (Landesverband Bayern)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA11</b>	<i>040 Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf (Landesverband Berlin)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA16</b>	<i>Ortsverein Augustfehn (Bezirk Weser-Ems)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA18</b>	<i>Ortsverein Hochstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA20</b>	<i>Ortsverein Meldorf (Landesverband Schleswig-Holstein)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA22</b>	<i>Kreisverband Ravensburg (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	Keine Große Koalition	Annahme in der Fassung der Antragskommission, in Kapitel
<b>KOA23</b>	<i>Ortsverein Nienstädt (Bezirk Hannover)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA29</b>	<i>Ortsverein Eußerthal (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA32</b>	<i>05/02 Neustadt (Landesverband Berlin)</i>	Die SPD wird keine Koalition mit der CDU eingehen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA34</b>	<i>Ortsverein Bad Zwesten-Oberurff-Schiffelborn (Bezirk Hessen-Nord)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA38</b>	<i>Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Keine Große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1

<b>KOA42</b>	<i>Unterbezirk Dortmund (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA43</b>	<i>Kreisverband Höxter (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA46</b>	<i>Ortsverein Nienstädt (Bezirk Hannover)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA47</b>	<i>Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA48</b>	<i>Unterbezirk Koblenz-Stadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA49</b>	<i>Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA50</b>	<i>Ortsverein Hebertshausen (Landesverband Bayern)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA51</b>	<i>Ortsverein Grübentälchen- Volksp (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA56</b>	<i>Ortsverein Bestensee (Landesverband Brandenburg)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA58</b>	<i>Ortsverein Berg (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>	Keine große Koalition aufgrund der Bundestagswahl	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA60</b>	<i>Unterbezirk Ennepe-Ruhr (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	SPD in der Regierung muss sozialdemokratische Regierungspolitik bedeuten!	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA64</b>	<i>Ortsverein Aidlingen (Landesverband Baden- Württemberg)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA66</b>	<i>Unterbezirk Mönchengladbach (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA76</b>	<i>Ortsverein Möser (Landesverband Sachsen- Anhalt)</i>	Keine große Koalition im Bund	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA78</b>	<i>Unterbezirk Günzburg (Landesverband Bayern)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA80</b>	<i>Unterbezirk Kempten GSt. (Landesverband Bayern)</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA82</b>	<i>Ortsverein Plankstadt</i>	Keine große Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1

	<i>(Landesverband Baden-Württemberg)</i>		
<b>KOA53</b>	<i>Ortsverein Minden-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Keine Große Koalition im Bund- Gespräche mit den Linken zukünftig nicht ausschließen	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA59</b>	<i>Kreisverband Wartburgkreis (Landesverband Thüringen)</i>	Zur Koalitionsfrage	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA69</b>	<i>Unterbezirk Rheinisch- Bergischer-Kreis (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Sozialdemokratische Inhalte	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA79</b>	<i>Unterbezirk Günzburg (Landesverband Bayern)</i>	Keine Koalitionsausschlüsse	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>KOA81</b>	<i>09/09 Baumschulenweg (Landesverband Berlin)</i>	Rot-rot-grüne Koalition	Erledigt durch Annahme von IA 1
<b>So1</b>	<i>Unterbezirk Hildesheim (Bezirk Hannover)</i>	Handlungsbedarf bei Stromschulden	Überweisung an den nächsten ordentlichen Parteikonvent
Anzahl der Anträge: 83			



**SPD**

*ANTRÄGE ZUR FORTSETZUNG*  
**DES AUßERORDENTLICHEN**  
**PARTEIKONVENTS**

*AM 20. OKTOBER 2013, WILLY-BRANDT-HAUS IN BERLIN*

[www.spd.de](http://www.spd.de)

# Inhaltsverzeichnis

Koalitionsgespräche (KOA 83 bis KOA 117)

Seiten 3-19

Die Antragskommission tagt am Oktober 2013 im Willy-Brandt-Haus zu den Anträgen für die Fortsetzung des außerordentlichen Parteikonvents 2013. Die Empfehlungen der Antragskommission werden als Tischvorlage vorgelegt.

## Mitglieder der Antragskommission

**Vorsitzender:** Olaf Scholz

**(stimmberechtigte) Mitglieder:**

Niels Annen  
Michaela Engelmeier-Heite  
Peter Friedrich  
Nadja Lüders  
Armin Schild  
Manuela Schwesig  
Ralf Stegner

**Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:**

LV Schleswig-Holstein	Bettina Hagedorn
LV Mecklenburg-Vorpommern	Bodo Wiegand-Hoffmeister
LO Hamburg	Frank Richter
LO Bremen	Karl Bronke
BZ Nord-Niedersachsen	Lars Klingbeil
BZ Weser-Ems	Susanne Mittag
BZ Hannover	Philipp Schmalstieg
BZ Braunschweig	Matthias Wehrmeyer
LV Sachsen-Anhalt	Andreas Schmidt
LV Brandenburg	Christian Maaß
LV Berlin	Ulrike Sommer
LV Nordrhein-Westfalen	André Stinka
BZ Hessen-Nord	Timon Gremmels
BZ Hessen-Süd	Dagmar Schmidt
LV Thüringen	Holger Poppenhäger
LV Sachsen	Juliane Pfeil
LV Saar	Petra Berg
LV Rheinland-Pfalz	Jens Guth
LV Baden-Württemberg	Elfriede Behnke
LV Bayern	Marietta Eder

# Koalitionsgespräche

## Fortsetzung 20. Oktober 2013

### *Antragsbereich KOA/ Antrag 83*

*Stadtverband Bochum 3 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

#### **Sozialdemokratische Steuerpolitik**

Koalitionsverhandlungen nur unter Beibehaltung des sozialdemokratischen Profils, d. h. Weiterverfolgung der 10 wichtigsten Wahlkampfforderungen, insbesondere auch der solidarischen Finanzierungssäule.

5

Der SPD Stadtbezirk Bochum Nord hält Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU Fraktion nur dann für vertretbar, wenn nach den Sondierungsgesprächen gewährleistet ist, dass nicht nur die Themen Mindestlohn, Arbeitsmarktreform und Bildungsinvestitionen als die drei Kernforderungen im Falle einer Regierungsbildung mit der SPD im Vordergrund stehen, sondern an der sozialdemokratischen Steuerpolitik festgehalten und diese weiterhin als gesellschaftspolitische Herausforderung gesehen wird.

10

Steuerpolitik ist für den SPD Stadtbezirk Bochum Nord ein wesentliches Mittel, eine solidarische Gesellschaft im Sinne der Bürgerbewegung „Umfairteilung“ zu ermöglichen, zu fördern und so einer weiteren sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Dafür steht die SPD mehr als 150 Jahre.

15

Das Regierungsprogramm muss sich darüber hinaus an allen wesentlichen Punkten (10-Punkte-Programm) orientieren, mit denen die SPD vor den Wählerinnen und Wählern zur Bundestagswahl angetreten ist.

20

Daher appelliert der Stadtbezirk Bochum-Nord an den Bundesvorstand und alle Delegierten: Bleibt bei unseren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit!

25

Gerader Rücken oder Opposition, eine Frage unserer Aller Glaubwürdigkeit -keine Koalition ohne Berücksichtigung unserer Kernkompetenzen im Bereich Steuern, Arbeit und Soziales, formuliert in unseren 10 wichtigsten Wahlkampfzielen!

### *Antragsbereich KOA/ Antrag 84*

*Ortsverein Altlinen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

#### **Vermögenssteuer**

In den eventuellen Koalitionsverhandlungen und auch später in der Legislaturperiode stimmt die Partei / die Fraktion keinen finanziellen Belastungen der Bürger allgemein zu, ehe nicht vorher die oberen 10 % der Einkommen und Vermögen durch eine spezielle Steuer oder Abgabe zur Finanzierung von Staatsaufgaben, insbesondere aber für Investitionen in die

5

Bildung, herangezogen wurden.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 85**

*Ortsverein Dortmund-Marten-Oespel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

## **Hohe Hürden für eine große Koalition**

Der SPD-Ortsverein Marten-Oespel glaubt nicht, dass dies mit CDU und CSU möglich sein wird.

5 Eine große Koalition halten wir nur dann für sinnvoll, wenn die zentralen Inhalte unseres Programms umgesetzt werden. Dazu zählen wir vor allem

- einen gesetzlichen, allgemeinen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro,
- die gleiche Bezahlung von Zeitarbeitnehmern und Festangestellten,
- 10 • die Eindämmung von prekären Beschäftigungsverhältnissen,
- die Umsetzung des SPD-Rentenbeschlusses,
- die Prävention vor Jugend- und Altersarmut,
- mehr Investitionen in Bildung - von der Kita bis zur Uni und
- die Abschaffung der Herdprämie.

15

Da wir uns bewusst sind, dass diese Investitionen in den Zusammenhalt unserer Gesellschaft Geld kosten, wir aber eine weitere Verschuldung der staatlichen Haushalte nicht zulassen können, werden wir an der Erhöhung der Steuern nicht herumkommen. Hier sind diejenigen gefragt, die vom Wohlstand unserer Gesellschaft am meisten profitieren. Wir halten daher an  
20 der Erhöhung des Spitzensteuersatzes weiter fest. Eine Gesellschaft kann nur dann solidarisch sein, wenn die starken Schultern die schwachen Schultern stützen.

Bei den Verhandlungen um eine große Koalition müssen zwei Grundsätze im Vordergrund stehen:

25

1. Inhalte stehen vor möglichen Posten und Ämtern und
2. es darf nicht wieder Steuergeschenke geben, wie beispielsweise die Mehrwertsteuererleichterung der FDP für das Gastgewerbe aus dem Jahre 2009.

30 Wir sind uns bewusst, dass diese Forderungen eine sehr hohe Hürde für eine große Koalition sind. Werden diese Anforderungen jedoch nicht erfüllt, wird die deutsche Sozialdemokratie enormen Schaden davontragen. Eine zweite Koalition, aus der wir geschwächt gehen würden, wird der SPD das Genick brechen. Dann wollen wir uns lieber in den nächsten vier Jahren als bürgernahe Opposition profilieren.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 86**

*Ortsverein Gelsenkirchen-Hassel-Süd/Bergmannsglück (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

## **SPD vor einer richtungsweisenden Entscheidung**

1. Die oftmals rein taktisch begründeten Argumente bezüglich einer Regierungsbeteiligung sind für die Menschen wenig nachvollziehbar und führen zur viel beschworenen „Politikverdrossenheit“. Die SPD darf sich nicht zur Postenschacherpartei machen, sondern

5

muss das Wohl der Menschen durch die Erreichung der politischen Ziele im Blick haben.

10 2. Unser schlechtes Abschneiden auf Bundesebene ist kein einmaliger Betriebsunfall und darf nicht naiv zum vermeintlichen Sieg über die schwarz-gelbe Koalition umgedeutet werden. Der SPD und unserem politischen Spitzenpersonal fehlt es nach wie vor an Glaubwürdigkeit und Vertrauen.

15 3. Die Große Koalition kann nicht das Ziel der SPD sein. Aber eine rot-rot-grüne Koalition ist auf Bundesebene derzeit noch keine sinnvolle Alternative. Und in der Opposition gibt man fast alle Möglichkeiten zur aktiven politischen Gestaltung aus der Hand und entzieht sich aus dem Blick der Mehrheit der Bevölkerung der Verantwortung für Deutschland.

20 4. Die SPD kann nur Glaubwürdigkeit und Vertrauen erlangen, wenn sie die realen Machtverhältnisse anerkennt, aber für die Verhandlungen eindeutige und unverhandelbare Eckpunkte setzt. Das dürfen natürlich nur wenige Kernpunkte sein und es darf keine Kopie des Wahlprogramms sein. Als unverzichtbar sehen wir an: Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 €; mehr Geld für die Kommunen, die Infrastruktur und die Bildung (der Weg dorthin ist verhandelbar); Fortsetzung der ökologischen Energiewende mit gerechterer Lastenverteilung; bezahlbarer und guter sozialer Wohnraum; Ausschöpfung aller  
25 Möglichkeiten zur Vermeidung von Steuerhinterziehung/Steuerverkürzung; Finanzmarkttransaktionssteuer; neue Verantwortungsverteilung (Bund, Länder) in Fragen der Bildung; Neuausrichtung des Solidaritätszuschlages nach Bedürftigkeit.

30 5. Eine erneute Große Koalition kann und darf es nur dann geben, wenn die SPD diese Kernpunkte durchsetzen konnte und somit als eigenständige Partei auf Bundesebene zu erkennen bleibt.

35 6. Die angedachte Mitgliederbefragung muss als echte Befragung im Sinne einer demokratischen Entscheidung von unten angelegt und durchgeführt werden.

7. Die SPD wird auf längere Sicht erst dann wieder führend, wenn sie attraktiv für breite Wählerschichten aus der Mitte und dem linken Spektrum wird. Dazu muss das Programm zum Kandidaten passen und der Kandidat zu dieser Zielgruppe. Und er/sie muss glaubhaft für Veränderungen stehen, um die vielen Nichtwähler zu aktivieren und für uns zu gewinnen. Diesen Herausforderungen waren Steinbrück und Steinmeier nicht gewachsen.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 87***

*Ortsverein Zornheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

## **Bedingungen zur Aufnahme von Koalitionsgesprächen**

Sollte es dennoch zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen kommen (wenn es sich denn nicht vermeiden läßt), sind folgende Punkte im Vertrag unerlässlich:

5 1. Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro als Basis für die Mindestlohnentwicklung, die dann in einer Kommission nach englischem Vorbild weiterentwickelt werden soll

10 2. Wirksame Begrenzung der Leih- und Zeitarbeit und Bekämpfung des Mißbrauchs von sog.

Werkverträgen

- 15
3. Zusätzliche öffentliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur von mindest. 20 Milliarden Euro jährlich
  4. kontinuierlicher Schuldenabbau
  5. Verzicht auf Steuererhöhungen nur dann, wenn die Unionsparteien verbindlich die Gegenfinanzierung zu den Punkten 3. und 4. vereinbaren wollen (ohne Abbau von Sozialleistungen)

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 88**

*Ortsverein Mittelweser (Bezirk Hannover)*

## **Die richtigen Konsequenzen aus dem Ergebnis der Bundestagswahl ziehen**

Das Bundestagswahlergebnis vom 22. September 2013 gibt ausreichend Anlass, die Politik und Positionierung der SPD bundesweit kritisch zu hinterfragen.

- 5
1. CDU / CSU sind der klare Wahlsieger. Das Ergebnis beruht jedoch offensichtlich nicht auf deren inhaltlichem Angebot, sondern ist vielmehr der Popularität von Frau Merkel geschuldet. Allerdings ist Schwarz / Gelb mit einer Fortsetzung der Regierung auch gescheitert!
- 10
2. Die SPD hat es mit ihrem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück - trotz hohen persönlichen Einsatzes - nicht geschafft, hiergegen einen starken Kontrapunkt zu setzen. Das Wahlergebnis der SPD ist das zweitschlechteste Ergebnis seit dem zweiten Weltkrieg und beruht immer noch auf dem dramatischen Vertrauensverlust im Jahre 2009. Wenn die SPD im Bund wieder erstarken will, müssen Glaubwürdigkeit und klare Positionen oberste Priorität haben. Neues Vertrauen wächst nur langsam!
- 15
3. Das Wahlergebnis führt zu schwierigen Koalitionsverhandlungen. Es gibt jedoch keinen Automatismus, der die Sozialdemokratie in Koalitionsverhandlungen zwingt, nur weil eine Regierungsbildung andernfalls schwierig erscheint. Den Regierungsauftrag hat Frau Merkel! Scheitert die Bildung einer Regierung, scheitert Frau Merkel!
- 20
4. Die Bildung einer Rot/Rot/Grünen - Regierung wurde seitens der SPD klar ausgeschlossen. Wer glaubwürdig sein will, der darf hieran nicht rütteln. Gleichzeitig muss die unnötige "Ausschließeritis" endlich ein Ende haben. In Wahlkämpfen streiten wir für eine starke SPD und nicht gegen bestimmte Koalitionen. Nach der Wahl wird entschieden, wer mit wem eine
- 25
5. Eine große Koalition wurde nur durch unseren Kanzlerkandidaten ausgeschlossen, nicht jedoch durch die SPD insgesamt. Wir halten für uns fest, dass wir eine große Koalition nicht wollen!
- 30
- Wir stellen fest, dass die Unionsparteien inhaltsleer sind, sich nahezu beliebig in ihren Positionen drehen, solange es einen machtpolitischen Vorteil gibt und zu notwendigen dringenden Reformen nicht in der Lage sind. Wir werden nicht Mehrheitsbeschaffer für eine

schlechte Politik der Union sein!

35

6. Gleichzeitig muss es unter demokratischen Parteien immer möglich sein, miteinander Gespräche zu führen. Wir erwarten von unserer Parteispitze ein klares Verhandeln und den deutlichen Einsatz für sozialdemokratische Politikschwerpunkte. Von diesem Ergebnis muss das weitere Vorgehen abhängen!

40

7. Es darf eine große Koalition nicht allein deshalb geben, weil es für einige aus unserer Parteiführung offensichtlich die letzte Chance auf einen Ministerposten ist.

8. Im Wahlkampf haben wir insbesondere für die folgenden Themen gestritten:  
45 flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn; Abschaffung des Betreuungsgeldes und dadurch mehr Geld in Bildung und den Krippenausbau; Investitionen in Bildung, Kommunen und Infrastruktur; unser Rentenkonzept, eine gesetzliche Frauenquote in Gremien börsennotierter Unternehmen; die doppelte Staatsbürgerschaft; die solidarische Bürgerversicherung; die Bekämpfung des Steuerbetruges und die Aufhebung des Kooperationsverbotes. Die Klammer  
50 um einen möglichen Koalitionsvertrag muss die Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit in allen Politikfeldern sein.

Glaubwürdigkeit bedeutet, dass diese Punkte durchgesetzt werden müssen!

9. Andernfalls muss die SPD sich entscheiden in die Opposition zu gehen. Wir werden nicht  
55 mit gebeugten Schultern und nahezu erdrückt von einer von außen aufgedrückten staatlichen Gesamtverantwortung unsere Inhalte preisgeben, nur damit eine unpolitische Kanzlerin Kanzlerin bleiben kann. Die SPD wird nicht der bloße Mehrheitsbeschaffer Merkels sein.

10. Die Mitgliedschaft der SPD lehnt eine große Koalition mit großer Mehrheit ab. Gleichzeitig  
60 befürwortet eine deutliche Mehrheit unserer Wählerinnen und Wähler eine solche Koalition.

Der Parteikonvent beschließt daher:

Wir erwarten, dass in dieser schwierigen Lage die Mitglieder das letzte Wort haben und über  
65 einem möglichen Koalitionsvertrag auch ein Mitgliederentscheid stattfinden wird.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 89***

*Ortsverein Hannover Ricklingen*

*Ortsverein Hannover Döhren-Wülfel (Bezirk Hannover)*

## **Keine große Koalition im Bund**

Wir fordern den Parteikonvent auf, keine Koalitionsverhandlungen mit der Union zu beschließen. Sollte es trotzdem zu einer Mitgliederbefragung kommen, fordern wir, Sachthemen und Personalfragen nicht miteinander zu verknüpfen.

## **Programmatik oder Tolerierung**

12 Punkte des Wahlflyers (Extrakt des Wahlprogramms):

Ist eins zu eins umzusetzen, damit ein Politikwechsel eingeleitet werden kann. Sollte dies mit der Union nicht möglich sein, muss auf eine Große Koalition verzichtet werden.

5

Tolerierung durch die Linke:

Eine Tolerierung durch Die Linke ( NRWModell ) ist zu sondieren.

## **Keine Große Koalition mit CDU/CSU!**

Keine Große Koalition mit CDU/CSU auf Bundesebene. Unsere Partei versucht entweder, sich andere Mehrheiten für eine eigene Regierungsbildung zu suchen, eine rechnerisch mögliche Lösung wäre eine Koalition aus SPD, Grünen und Linkspartei, oder man lässt CDU/CSU eine Minderheitsregierung bilden.

5

Sollte es eine Mitgliederbefragung geben, dann nicht erst über einen fertigen Koalitionsvertrag, sondern über alle möglichen Koalitionspartner oder Optionen. Die Mitglieder sollen eine echte Wahl haben

10

Es wird Zeit für eine andere Politik. Die wirtschaftsliberalen Experimente der letzten Jahre sind gescheitert und der Wähler hat die FDP zu recht aus dem Bundestag gewählt. Er wird wieder Zeit für die Rückkehr zu einer sozialdemokratischen Politik, wie es im Wahlprogramm der SPD versprochen wurde. Dieser Politikwechsel ist mit der CDU nicht zu machen. Die wenigen

15

Zugeständnisse, die der Koalitionsvertrag enthalten wird, werden das Ruder nicht herumreißen.

20

- Gerechte Lebensverhältnisse und Arbeitsverhältnisse in Deutschland!
- Rücknahme der Politik des Lohndumpings!
- Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von mindestens € 8,50!
- Einführung einer Bürgerversicherung!
- Abschaffung des Betreuungsgeld, Investition in Kinderbetreuung!
- Bekämpfung von Steuerbetrug und die Schließung von Schlupflöchern!
- Rücknahme der Schuldenbremse!
- Einführung einer Mietpreisbremse!
- Kein neues „Bündnis für Arbeit“ oder eine neue konzertierte Aktion!
- Schluss mit der Euro- und Bankenrettung auf Kosten der Arbeitnehmer!

25

Das alles ist mit der CDU/CSU nicht zu machen!

30

Nicht zu Letzt muss die europäische Idee gerettet werden! Das Projekt eines friedlichen und vereinten Europas wird derzeit an die Wand gefahren. Die Bundesregierung zerstört im Sinne deutschen Hegemonialdenkens die Volkswirtschaften Griechenlands, Spaniens und Portugals. Weitere Ländern werden folgen und die Wirtschaftskrise letztendlich auf Deutschland

- zurückfallen. Es müssen Wege aus der Krise für diese Ländern gefunden werden, welche nicht die (Deutsche/n) Bank(en) rettet, sondern einen tatsächlichen Ausweg bietet und den Menschen aus diesen Ländern wieder Arbeit und Hoffnung bringt.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 92**

*Kreisverband Nordfriesland (Landesverband Schleswig-Holstein)*

#### **Sondierungspartner**

- Der Parteikonvent soll sich einsetzen, dass nicht nur Sondierungsgespräche und gegebenenfalls Koalitionsverhandlungen mit der CDU-CSU, sondern auch die Möglichkeit einer Regierungsbildung mit Bündnis90/Die Grünen und der Linken ausgelotet werden.
- 5 Die Ergebnisse aller Gespräche und Verhandlungen sollten dann Gegenstand eines verbindlichen Mitgliedervotums sein.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 93**

*Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

#### **Punkte für einen Koalitionsvertrag**

- Die Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz und der Kreisvorstand Lörrach begrüßen die geplante Mitgliederbeteiligung in Form einer verbindlichen Mitgliederbefragung oder eines Mitgliederentscheids in der Frage der Koalitionsbildung. Der Parteivorstand reagiert damit in angemessener Weise auf die erheblichen Zweifel und Bedenken der Mitglieder vor einer neuerlichen großen Koalition. Um das Vertrauen der Genossinnen und Genossen und der Wählerinnen und Wähler nicht zu enttäuschen, sondern zu stärken, müssen folgende Punkte bei einem Koalitionsvertrag vereinbart werden:
- 5
- 10 1. Gesetzlicher, bundeseinheitlicher und flächendeckender Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde
- 15 2. Einführung einer Solidarrente in Höhe von 850 Euro und abschlagsfreie Verrentung nach 45 Versicherungsjahren
- 20 3. Einführung der Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege
4. Gleichstellung der Arbeitsbedingungen bei prekären Arbeitsverhältnissen, vor allem bei Leiharbeit, Werkverträgen und Befristung von Arbeitsverträgen im Vergleich zu regulären Arbeitsverhältnissen
- 25 5. Verstärkte Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur (Verkehrswege, Energieverteilung, Telekommunikation) und der Bildung
6. Fortsetzung der Förderung regenerativer, dezentraler Energieerzeugung
7. Stärkung der kommunalen und Länderhaushalte durch eine Neuordnung der Finanz- und Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen

- 30 8. Abschaffung des Betreuungsgeldes und Investition in Betreuungsplätze (Krippe und KiGa)
9. Finanzierung der Investitionen in das Gemeinwesen durch verstärkten Kampf gegen Steuerbetrug
- 35 10. Wachstumsprogramm für Europa, um vor allem die Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenstaaten zu bekämpfen
11. Änderung der Geschäftsordnung des Bundestags, die der Opposition ermöglicht Anträge einzubringen und Untersuchungsausschüsse einzusetzen
- 40 12. Für alle Punkte, in denen keine Einigung zu erzielen ist, muss die Stimmabgabe der Abgeordneten von jeglichem Fraktionszwang freigegeben werden,
- Nur bei der Umsetzung und verbindlicher Vereinbarung der aufgeführten Punkte kann der
- 45 Parteivorstand die Zustimmung der Mitgliedschaft für einen Koalitionsvertrag erwarten.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 94**

*Unterbezirk Kempten GSt. (Landesverband Bayern)*

### **Ablehnung große Koalition**

1. Die Gründer unserer Partei hatten Ideen, die die Union uns die letzten Jahre vordergründig weggenommen hat. Deswegen muss die SPD ihr eigenes soziales Profil durch eine klare Abgrenzung zur Union und auch der Bewahrung der Europäischen Verantwortung schärfen.
- 5 Wir müssen zu einer glaubwürdigen Alternative zur Union und nicht zu deren Anhängsel werden.
2. Die SPD hat staatspolitische Verantwortung. Deutschland braucht erstens auch in der Zukunft eine starke SPD und nicht eine in ländlichen Regionen verschwindende Partei (z.B.: bei der Kommunalwahl 9,28% und 7,32% bei der Europawahl in Kreis Oberallgäu während der
- 10 letzten großen Koalition), um für den kleinen Mann dazu sein, und zweitens braucht Deutschland auch eine starke Opposition.
3. Weil die SPD ihr soziales Profil schärfen muss und Deutschland eine starke Opposition braucht sollte keine große Koalition angestrebt werden, in der sich die SPD verbiegen müsste.
- 15 Prinzipiell wird festgestellt, dass wegen den vorher genannten Gründen eine große Koalition abgelehnt wird.
4. Nichtsdestotrotz sind Gespräche mit demokratische Parteien üblich. Bei den anstehenden Gesprächen sind deswegen folgende Forderungen für die SPD unumstößlich, ohne die es keine
- 20 Regierungsbeteiligung gibt:
- ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 €
  - die Bürgerversicherung
  - eine Finanztransaktionssteuer
  - 25 - eine wirksame Kontrolle der Finanzmärkte
  - Abschaffung des Betreuungsgeldes
  - Keine Einführung einer PKW- Maut
  - Festlegung einer Mietpreisbremse

- Fortführung der Energiewende und Förderung und Ausbau der regenerativen Energien

**Antragsbereich KOA/ Antrag 95**

*Ortsverein Mettenheim 1 (Landesverband Bayern)*

**Wir bestehen auf die Einhaltung des Wahlprogramms**

Einführung der Vermögenssteuer  
Einführung der Finanzaktrationssteuer  
Anhebung des Spitzensteuersatzes

5

**Antragsbereich KOA/ Antrag 96**

*Ortsverein Bremen-Walle (Landesorganisation Bremen)*

**Vorerst keine Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU**

Der Parteikonvent wird aufgefordert, der Aufnahme von Verhandlungen zur Bildung einer großen Koalition mit CDU und CSU vorerst nicht zuzustimmen. Über das weitere Vorgehen soll ein Mitgliederentscheid/eine politisch bindende Mitgliederbefragung durchgeführt werden.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 97**

*Ortsverein Spiesen-Elversberg (Landesverband Saar)*

**Zentrale Wahlkampfthemen**

Der Parteikonvent möge beschließen, dass Koalitionsverhandlungen nur aufgenommen werden, wenn die zentralen Wahlkampfthemen der SPD mit der CDU/CSU in Koalitionsverhandlungen umsetzbar erscheinen.

5

Diese Themen sind:

1. im Bereich Arbeit: Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro, damit Arbeit sich lohnt.
- 10 2. im Bereich Steuern: Einführung einer Finanztransaktionssteuer, damit die Banken an der Bewältigung der Krise beteiligt werden.
3. im Bereich Rente: Einführung einer Mindestrente von 850 Euro ab 30 Beitragsjahren und abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Berufsjahren (ab dem 63. Lebensjahr).
- 15 4. im Bereich Bildung: mehr Bundesmittel für Länder und Kommunen (u.a. für den Ausbau von Ganztagschulen), damit Bildung weniger vom Geldbeutel der Eltern abhängt und mehr davon, was die Kinder im Kopf haben.
5. im Bereich Familie: Ausbau der Kinderbetreuung (Wegfall des Betreuungsgeldes), damit Familie und Beruf miteinander vereinbart werden können.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 98**

*Kreisverband Ostholstein (Landesverband Schleswig-Holstein)*

#### **Mitgliederentscheid**

Der Parteivorstand und der Parteikonvent der SPD Deutschland wird aufgefordert, dass nach Vorliegen der Ergebnisse der Sondierungs-gespräche, ein Mitgliederentscheid zur Klärung der Frage, ob Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden, durchgeführt wird.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 99**

*Kreisverband Rems-Murr (Landesverband Baden-Württemberg)*

#### **Große Skepsis gegenüber Großer Koalition**

Der Kreisparteitag der SPD-Rems-Murr

5 -begleitet mit kritischer Skepsis die Sondierungsgespräche zwischen SPD und CDU und befürchtet, dass sozialdemokratische Positionen in einer großen Koalition mit einer Bundeskanzlerin Merkel nicht genügend Berücksichtigung finden.

10 -fordert die Verhandlungsführer der Sondierungsgespräche auf, ernsthaft und mit Nachdruck die Option einer geduldeten CDU/CSU-Minderheitsregierung zu prüfen

-begrüßt die Ankündigung der Parteiführung, vor der Unterzeichnung eines möglichen Koalitionsvertrages einen Mitgliederentscheid durchzuführen

15 -hält fest, dass alle Signale aus der Parteibasis im Rems-Murr-Kreis darauf hindeuten, dass – Stand heute- eine überwiegende Zahl der Mitglieder bei einem Mitgliederentscheid gegen eine Große Koalition mit der CDU stimmen werden

-erwartet, dass diese tief verwurzelte Skepsis gegenüber einer Großen Koalition in Berlin vernommen wird und in die Sondierungsgespräche einbezogen wird.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 100**

*Ortsverein Oberhaching (Landesverband Bayern)*

#### **Mitgliedervotum zeitiger durchführen**

Der Ortsverein Oberhaching stellt den Antrag, dass das Mitgliedervotum über den Abschluss eines Koalitionsvertrags zeitlich vor dem nächsten Bundesparteitag durchgeführt wird.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 101**

*Ortsverein Stuttgart-Degerloch (Landesverband Baden-Württemberg)*

#### **Ablehnung große Koalition**

Der SPD-Ortsverein S-Degerloch lehnt die Bildung einer Großen Koalition als Folge der Bundestagswahlen vom 22. September 2013 ab. Stattdessen empfehlen wir eine von der SPD

- 5 punktuell unterstützte Minderheitsregierung aus CDU und CSU. Falls dies an der Union scheitert und auch keine schwarz-grüne Koalition gebildet wird, ist die Alternative einer rot-rot-grünen Koalition ernsthaft zu prüfen. Neuwahlen sind nach Auffassung des SPD-Ortsvereins keine Lösung.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 102**

*Ortsverein Auguststadt (Bezirk Braunschweig)*

## **Ablehnung große Koalition**

Eine sogenannte Große Koalition der SPD mit der CDU/CSU lehnt die Mitgliederversammlung des OV AWS ab!

- 5 Die derzeitigen Handlungsoptionen der SPD bewertet der OV AWS wie folgt:

### Koalition mit CDU/CSU (schwarz-rot)

- Obwohl in den Medien, von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden eine solche Koalition aus Gründen der „Staatsräson“ von der SPD gefordert wird, würde in einer solchen Koalition das in der Opposition mühsam wiedererarbeitete sozialdemokratische Profil der SPD abermals einer Merkel-Regierung geopfert werden. Unsere Führungsmannschaft könnte den Wählern kaum den Unterschied zwischen Postengeilheit und Staatsräson glaubhaft vermitteln können. Verlierer wäre wieder einmal die SPD.

- 15 Koalition mit den Grünen und der Linken (rot-rot-grün)

- Für eine solche Koalition, die sogar einen SPD-Kanzler hervorbringen würde, liegen die Handlungsoptionen zurzeit nicht bei der SPD. Die Grünen vollziehen nach der Wahlschlappe derzeit einen Schwenk in das bürgerliche Lager, eine Koalition mit der Linken ist bei den Grünen eher unwahrscheinlich. Die Linke verfolgt nach ihrer Wahlniederlage (Niederlage gerade in den östlichen Bundesländern) eine merkwürdige Doppelstrategie. Während Gregor Gysi eine rot-rot-grüne Mehrheit propagiert, schmäht Oskar Lafontaine die derzeitige SPD Spitze und die Vorsitzende Kipping verspricht sich von einer Großen Koalition Mitgliederzuwächse bei der Linken. Dies ist alles nicht sehr vertrauenserweckend und lohnt nicht den Bruch des Versprechens, das die SPD vor der Wahl den Wählern gegeben hat.

25

### Koalition der CDU/CSU mit den Grünen (schwarz-grün)

- Wenn es zur Koalition der CDU/CSU mit den Grünen kommt, wäre dies für die SPD die Chance, in der Opposition ihr sozialdemokratisches Profil weiter zu entwickeln und gegenüber den anderen Parteien deutlich zu machen. Die Grünen würden endlich auch als bürgerliche (Umwelt-)Partei der Akademiker und Besserverdienenden von den Wählern wahrgenommen. Die SPD müsste sich auf die nächste, evtl. vorgezogene Bundestagswahl schnell vorbereiten.

30

### Minderheitsregierung der CDU/CSU

- Die SPD sollte der CDU/CSU in den Sondierungsgesprächen die Wahl von Angela Merkel zur Kanzlerin einer Minderheitsregierung anbieten. Im Parlament müsste sich Frau Merkel für Ihre Politik die Mehrheiten suchen. In dieser Rolle kann die SPD ihre sozialdemokratische Handschrift wesentlich besser dem Wähler gegenüber zur Geltung bringen, als in einer Großen Koalition mit CDU/CSU.

35

**Antragsbereich KOA/ Antrag 103**  
*110 Kreis Lichtenberg (Landesverband Berlin)*

### **Ablehnung große Koalition**

Der Kreisvorstand der SPD Berlin-Lichtenberg lehnt eine Große Koalition ab.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 104**  
*Ortsverein Georgsmarienhütte (Bezirk Weser-Ems)*

### **Keine große Koalition**

Die SPD geht keine Koalition mit der CDU / CSU ein.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 105**  
*Ortsverein Schlangenbad (Bezirk Hessen-Süd)*

### **Gegen große Koalition**

Der Ortsverein Schlangenbad im Rheingau-Taunus in Hessen hat sich bei seiner Vorstandssitzung am 02.10.2013 ausdrücklich und einstimmig gegen eine Große Koalition ausgesprochen.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 106**  
*Ortsverein Eimsbüttel-Nord (Landesorganisation Hamburg)*

### **Regierungsbeteiligung nur bei Zustimmung durch Mitgliederentscheid**

1. Es dürfen vor dem Mitgliederentscheid keine "vollendeten Tatsachen" durch Koalitionsausschlüsse, Abmachungen oder andere Maßnahmen geschaffen werden.
- 5 2. Den Mitgliedern muss für die Bewertung der Ergebnisse aus Sondierungsgesprächen mit anderen Parteien zum Ziele der Regierungsbildung ausreichend Zeit eingeräumt werden.
3. Eine etwaige Regierungsbeteiligung der SPD muss durch einen Mitgliederentscheid über die beiden möglichen Koalitionsoptionen legitimiert werden.

**Antragsbereich KOA/ Antrag 107**  
*Kreisverband Heidelberg (Landesverband Baden-Württemberg)*

### **Alternativen für große Koalition**

Der SPD-Kreisverband Heidelberg begrüßt den Beschluss des außerordentlichen Parteikonvents am 27.09.2013, über die Aufnahme möglicher Koalitionsverhandlungen den Parteikonvent entscheiden zu lassen.

Die SPD soll Verhandlungen mit deutlicher Berücksichtigung sozialdemokratischer Ziele (100-Tage-Programm) aufnehmen.

- 10 Auch das Einholen eines verbindlichen Mitgliedervotums über die Ergebnisse möglicher Koalitionsverhandlungen fordern wir im Sinne von Transparenz und innerparteilicher Demokratie. Da immer wieder betont wird, dass es keinen Automatismus gibt, fordern wir aber auch keine Denkverbote in andere Richtungen.

- 15 Insbesondere sollen Verhandlungen mit den Grünen unter Einbeziehung der Linkspartei aufgenommen werden.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 108***

*Ortsverein Waiblingen (Landesverband Baden-Württemberg)*

#### **Große Koalition wird abgelehnt**

Der SPD-Ortsverein Waiblingen lehnt die Bildung einer Großen Koalition als Folge der Bundestagswahlen vom 22. September 2013 ab.

- 5 Stattdessen empfehlen wir eine von der SPD punktuell unterstützte Minderheitsregierung aus CDU und CSU. Falls dies an der Union scheitert, ist die Alternative einer rot-rot-grünen Koalition ernsthaft zu prüfen. Neuwahlen sind nach Auffassung des SPD-Ortsvereins keine Lösung.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 109***

*Ortsverein Gretesch-Lüstringen*

*Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

#### **Mitgliederentscheid/-befragung**

Der Unterbezirk Osnabrück-Stadt fordert, dass eine mögliche Koalition auf Bundesebene durch Mitgliederentscheid/-befragung beschlossen werden muss.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 110***

*Ortsverein Steinfeld-Ulsnis (Landesverband Schleswig-Holstein)*

#### **Die Große Koalition wird abgelehnt**

Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis fordert den Parteikonvent am 20. Oktober auf, sich gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen auszusprechen.

- 5 Trotz leichter prozentualer Verbesserung gegenüber der Bundestagswahl am 22. September 2013 ist festzustellen, dass die SPD mit ihrem zweitschlechtesten Wahlergebnis seit 1949 eine weitere Wahlniederlage erlitten hat.

- 10 Mit dem Wahlergebnis setzt die Partei ihren beispiellosen Niedergang der Agenda-Politik der Schröder-Regierung fort. Es ist nicht gelungen, die 6 Millionen Stammwähler und Arbeitnehmerwähler zurück zu gewinnen, die der SPD nach der Großen Koalition 2009 ihre

Stimme verweigert haben.

15 Dringend notwendig ist die grundsätzliche Neuorientierung der Politik der SPD. Gemeinsam mit Merkel in einer Großen Koalition kann und wird es keinen Politikwechsel geben, wofür die Partei im Bundestagswahlkampf 2013 angetreten ist.

20 Ein Nein zur Großen Koalition eröffnet der Partei die Möglichkeit, sich auf ihre historischen Grundwerte als Partei, die den Forderungen und Erwartungen der ArbeitnehmerInnen und der Bevölkerungsmehrheit im Sinne der Demokratie in diesem Land gerecht wird.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 111**

*Ortsverein Bad Zwosten-Oberurff-Schiffelborn (Bezirk Hessen-Nord)*

#### **Keine große Koalition**

Wir beantragen: Keine große Koalition zwischen SPD und CDU/CSU.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 112**

*Kreisverband Jena (Landesverband Thüringen)*

#### **Orientierung am 100 Tage Programm**

1. Entscheidend sind für uns weder machtpolitische noch parteitaktische Überlegungen, sondern ausschließlich Fragen nach der Möglichkeit der Umsetzung wesentlicher inhaltlicher Forderungen der Sozialdemokratie.
- 5 Diese haben wir aktiv und offensiv im Wahlkampf vertreten, für Sie haben wir deutlichen Zuspruch erhalten und ihretwegen sind wir gewählt worden.  
Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit im Bund orientieren sich an den wichtigsten Punkten unseres Regierungsprogramms.  
Dazu gehören mindestens die neun Punkte des SPD-100-Tage-Programms.
- 10 Abgesehen davon war die Forderung nach der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West ein essentieller Bestandteil unserer Kampagne.  
Daher muss die Vereinheitlichung des Rentensystems in Ost und West unverhandelbar bleiben.  
Die Durchsetzung dieser Forderungen stellt für uns die Bedingung für die Mitarbeit an einer zukünftigen Bundesregierung dar.
- 15
2. Neben unserer inhaltlichen Glaubwürdigkeit steht auch die unmissverständliche Aussage im Vorfeld der Bundestagswahl, keine Koalition mit der Partei "Die Linke" auf Bundesebene einzugehen.  
Dieses Versprechen ist einzuhalten.
- 20
3. Über mögliche politische Zusammenarbeiten auf Bundesebene entscheiden die Mitglieder in einer Mitgliederbefragung.

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 113**

*Ortsverein Isny (Landesverband Baden-Württemberg)*

#### **Mitgliederbefragung**

Seitens des SPD-Ortsvereins Isny beantragen wir, vor möglichen Koalitionsverhandlungen mit der CDU einerseits oder mit den Grünen und Linken andererseits im Rahmen einer Mitgliederbefragung die SPD-Basis zu befragen. Dieses Votum ist bindend für den  
5 Parteivorstand.

Wir lehnen eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis ab!

### **Antragsbereich KOA/ Antrag 114**

*Ortsverein Bochum-Hamme (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

#### **8 Forderungen**

1. Gegenüber der Wahl 2009 haben am 22. September 2013 rd. 1,2 Millionen Wähler mehr die SPD gewählt als im Jahr 2009. Das ist ein Zeichen der Hoffnung. Es ist ein Zeichen dafür, dass es in der Arbeitnehmerschaft den Willen dafür gibt, der SPD die Aufgabe zuzusprechen, der ihr historisch und aktuell zukommt und für den sie vor 150  
5 Jahren gegründet wurde.
2. Frau Dr. Merkel, hat ihre parlamentarische Mehrheit mit der Bundestagswahl vom 22.09. verloren.
3. Es gibt für die neue nun im Deutschen Bundestag vorhandene politische Mehrheit links von CDU und CSU keinen Grund mehr auch nur einen Tag weiter Kraft darauf zu verwenden, darüber nach zu denken, ob es sinnvoll sein könnte, mit Frau Dr. Merkel als Bundeskanzlerin in eine Koalition einzutreten. Eine große Koalition wird deshalb von uns abgelehnt.  
10
4. Die SPD hat mit einem sehr klaren Wahlprogramm die Wähler davon überzeugt, dass es notwendig wurde, die von Frau Dr. Merkel geführte konservativ-neoliberale Regierung ab zu lösen.  
15
5. Der Parteivorsitzende der SPD, Willy Brandt hat bereits in den 80er Jahren formuliert: „Es gibt eine gesellschaftliche Mehrheit links von CDU und CSU.“ Dies ist jetzt auch nach der Sitzverteilung im Bundestag eingetreten.
6. Nun kommt es darauf an, mit den Grünen und den Linken unmittelbar und ohne weiteren Zeitverzug in Sondierungsgespräche einzutreten, um die dringend notwendigen, gesellschaftlichen Reformvorhaben im Interesse der Menschen um zu setzen.  
20

Dazu gehören als erste Maßnahmen einer neuen SPD-geführten Bundesregierung u.a.:  
25

- Ein gesetzlich abgesicherter Mindestlohn von derzeit 10 € (oberhalb der Armutsgrenze)
- Die gesetzliche Absicherung von starken Tariflöhnen
- Die Abschaffung des von Frau Dr. Merkel eingeführten Betreuungsgeldes und stattdessen eine konsequente Bildungs-Finanzierung des Bundes für die Kindertageseinrichtungen in Ländern und Kommunen, damit die elementare Bildung unserer Kinder mindestens den europäischen Qualitätsstandard erreichen kann  
30
- Für die Sanierung der öffentlichen Finanzen sind gerechtere Steuern eine konsequente Bekämpfung von Steuerbetrug national und international sowie eine konsequente

- 35
- Regulierung der internationalen Finanzmärkte notwendig
  - Eine konsequente Reform der Krankenversicherung, der Rentenversicherung, der Arbeitslosenversicherung sowie der Pflegeversicherung nach dem Modell der Bürgerversicherung
  - Für eine ökonomische Gesundung ist eine neue Verkehrspolitik mit einem konsequenten Ausbau des schienengebundenen zu Lasten des LKW-gebundenen Verkehrs sowohl national als auch europaweit zu entwickeln
- 40

7. Vom Parteikonvent der SPD erwarten wir, dass er in seiner Sitzung am 27.09.2013 in Berlin den Parteivorstand der SPD beauftragt, unmittelbar entsprechende Koalitionsverhandlungen mit den Grünen und der Linken Partei zu führen.

45

8. Von den Delegierten des Unterbezirks Bochum der SPD beim Parteikonvent erwarten wir, dass sie diese Forderungen beim Parteikonvent vertreten, um die Glaubwürdigkeit der SPD nach diesem Wählerauftrag durch die Bundestagswahl nicht zu gefährden.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 115***

*Ortsverein Feldatal (Bezirk Hessen-Süd)*

#### **Zur Koalitionsfrage**

- Wir sehen eine große Koalition aus den Erfahrungen der Jahre von 2005 bis 2009 sehr kritisch. Es sollte erst geprüft werden, ob zu einer großen Koalition andere Alternativen, wie z.B. die Tolerierung einer CDU Minderheitsregierung machbar wären.
- 5 Sollte eine große Koalition unvermeidbar sein, ist dies nur mit einem Koalitionsvertrag mit der CDU zu vereinbaren, in dem alle Programmziele des SPD-100-Tage-Programm auch 100-prozentig umgesetzt werden.

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 116***

*Ortsverein Holzkirchen (83607) (Landesverband Bayern)*

#### **keine große Koalition ohne Mitgliederbefragung**

- Der Vorstand der SPD in Holzkirchen spricht sich gegen eine Neuauflage einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD aus. Falls es dennoch Bestrebungen geben sollte, eine solche Koalition erneut zu bilden, muss sie in der SPD durch eine Mitgliederbefragung abgesegnet werden.
- 5

### ***Antragsbereich KOA/ Antrag 117***

*Unterbezirk Fürstfeldbruck (Landesverband Bayern)*

#### **Sechs Feststellungen zur Regierungsbeteiligung**

1. Die CDU/CSU-FDP-Koalition ist abgewählt. Dies ist erfreulich.
  2. Dennoch konnten wir eine Mehrheit für einen rot-grünen Politikwechsel nicht erreichen. Nach dem verheerenden Wahlergebnis von 2009 konnte die SPD zwar ihr Ergebnis verbessern, jedoch nicht in dem erhofften und erforderlichen Maße. Das erzielte Ergebnis von 25,7 % ist schlecht, daran gibt es nichts zu beschönigen. Das Wahlergebnis zeigt auch: Neues Vertrauen
- 5

wächst nur langsam und muss erst mühsam wieder zurückgewonnen werden.

10 3. Die Menschen haben uns in der überwiegenden Mehrheit für unsere Inhalte gewählt. Das Wahlergebnis ist für uns daher Auftrag und Verantwortung zugleich, dass wir gerade auch gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern bei unseren Inhalten verlässlich bleiben.

Die SPD ist nicht dafür angetreten, um als Mehrheitsbeschafferin die CDU/CSU an der Regierung zu halten und ihr so eine Fortsetzung der bisherigen Politik zu ermöglichen.

15 Wir verweigern uns keinen Gesprächen, aber Grundlage ist für uns das SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013. Die hier festgeschriebenen zentralen Anforderungen sind Messlatte für eine etwaige Zusammenarbeit. Hier sind unter anderem zu nennen:

- 20 • Eine gerechte und auskömmliche Steuerpolitik (Anhebung Spitzensteuersatz auf 49%, Vermögenssteuer, Finanztransaktionssteuer)
- Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro
- Aussetzen der Rente mit 67 und kein weiteres Absenken des Rentenniveaus
- Abschaffung des Betreuungsgeldes
- 25 • Mehr Investitionen in Bildung durch ein Ende des Kooperationsverbotes
- Ende der Zwei-Klassen-Medizin durch Einführung einer Bürgerversicherung

Ebenso klar ist: Eine Demokratie braucht auch eine starke Opposition, die als klare Alternative zur Regierungsmehrheit wirkt.

30

5. Vor der Entscheidung für oder gegen eine Regierungsbeteiligung muss den Mitgliedern der SPD die Möglichkeit zur Diskussion und Mitentscheidung gegeben werden. Die SPD wird daher einen Mitgliederentscheid über die verschiedenen Optionen der SPD für die künftige Arbeit im Deutschen Bundestag durchführen.

35

6. Die SPD hatte gerade am Ende des Wahlkampfes keine ernsthafte Machtopion. Es war abzusehen, dass Rot-Grün keine Mehrheit im Deutschen Bundestag haben wird. Dies hat die Position der SPD geschwächt und zu einer Demobilisierung unserer Wählerinnen und Wähler geführt.

Für zukünftige Wahlen müssen die Regierungsoptionen für die SPD erweitert werden.

40

Grundlage hierfür sind die inhaltlichen Überschneidungen mit unseren Mitbewerbern. Dies gilt auch für die Partei „Die Linke“.

**Empfehlungen der Antragskommission für die Anträge  
zur Fortsetzung des a.o. Parteikonvents 2013 am 20. Oktober 2013 in Berlin**

	<b>Antragsteller</b>	<b>Überschrift</b>	<b>Empfehlung</b>
<b>KOA83</b>	Stadtverband Bochum 3 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)	Sozialdemokratische Steuerpolitik	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA84</b>	Ortsverein Altlünen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)	Vermögenssteuer	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA85</b>	Ortsverein Dortmund-Martens-Oespel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)	Hohe Hürden für eine große Koalition	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA86</b>	Ortsverein Gelsenkirchen-Hassel-Süd/Bergmannsglück (Landesverband Nordrhein-Westfalen)	SPD vor einer richtungsweisenden Entscheidung	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA87</b>	Ortsverein Zornheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)	Bedingungen zur Aufnahme von Koalitionsgesprächen	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA88</b>	Ortsverein Mittelweser (Bezirk Hannover)	Die richtigen Konsequenzen aus dem Ergebnis der Bundestagswahl ziehen	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA89</b>	Ortsverein Hannover Ricklingen Ortsverein Hannover Döhren-Wülfel (Bezirk Hannover)	Keine große Koalition im Bund	Ablehnung
<b>KOA90</b>	Ortsverein Hitzacker (Bezirk Hannover)	Programmatik oder Tolerierung	Absatz 1: Erledigt durch Leitantrag des PV  Absatz 2: Ablehnung
<b>KOA91</b>	Ortsverein Frankfurt Nordweststadt-Süd (Bezirk Hessen-Süd)	Keine Große Koalition mit CDU/CSU!	Ablehnung
<b>KOA92</b>	Kreisverband Nordfriesland (Landesverband Schleswig-Holstein)	Sondierungspartner	Ablehnung
<b>KOA93</b>	Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)	Punkte für einen Koalitionsvertrag	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA94</b>	Unterbezirk Kempten GSt. (Landesverband Bayern)	Ablehnung große Koalition	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA95</b>	Ortsverein Mettenheim 1 (Landesverband Bayern)	Wir bestehen auf die Einhaltung des Wahlprogramms	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA96</b>	Ortsverein Bremen-Walle (Landesorganisation Bremen)	Vorerst keine Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU	Ablehnung
<b>KOA97</b>	Ortsverein Spiesen-Elversberg (Landesverband Saar)	Zentrale Wahlkampfthemen	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA98</b>	Kreisverband Ostholstein (Landesverband Schleswig-Holstein)	Mitgliederentscheid	Ablehnung

<b>KOA99</b>	Kreisverband Rems-Murr (Landesverband Baden-Württemberg)	Große Skepsis gegenüber Großer Koalition	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA100</b>	Ortsverein Oberhaching (Landesverband Bayern)	Mitgliedervotum zeitiger durchführen	Ablehnung
<b>KOA101</b>	Ortsverein Stuttgart- Degerloch (Landesverband Baden- Württemberg)	Ablehnung große Koalition	Ablehnung
<b>KOA102</b>	Ortsverein Auguststadt (Bezirk Braunschweig)	Ablehnung große Koalition	Ablehnung
<b>KOA103</b>	110 Kreis Lichtenberg (Landesverband Berlin)	Ablehnung große Koalition	Ablehnung
<b>KOA104</b>	Ortsverein Georgsmarienhütte (Bezirk Weser-Ems)	Keine große Koalition	Ablehnung
<b>KOA105</b>	Ortsverein Schlangenbad (Bezirk Hessen-Süd)	Gegen große Koalition	Ablehnung
<b>KOA106</b>	Ortsverein Eimsbüttel-Nord (Landesorganisation Hamburg)	Regierungsbeteiligung nur bei Zustimmung durch Mitgliederentscheid	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA107</b>	Kreisverband Heidelberg (Landesverband Baden- Württemberg)	Alternativen für große Koalition	Absätze 1-3: Erledigt durch Leitantrag des PV  Absatz 4: Ablehnung
<b>KOA108</b>	Ortsverein Waiblingen (Landesverband Baden- Württemberg)	Große Koalition wird abgelehnt	Ablehnung
<b>KOA109</b>	Ortsverein Gretesch- Lüstringen Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)	Mitgliederentscheid/- befragung	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA110</b>	Ortsverein Steinfeld-Ulsnis (Landesverband Schleswig- Holstein)	Die Große Koalition wird abgelehnt	Ablehnung
<b>KOA111</b>	Ortsverein Bad Zwesten- Oberurff-Schiffelborn (Bezirk Hessen-Nord)	Keine große Koalition	Ablehnung
<b>KOA112</b>	Kreisverband Jena (Landesverband Thüringen)	Orientierung am 100 Tage Programm	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA113</b>	Ortsverein Isny (Landesverband Baden- Württemberg)	Mitgliederbefragung	Ablehnung
<b>KOA114</b>	Ortsverein Bochum-Hamme (Landesverband Nordrhein- Westfalen)	8 Forderungen	Ablehnung
<b>KOA115</b>	Ortsverein Feldatal (Bezirk Hessen-Süd)	Zur Koalitionsfrage	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA116</b>	Ortsverein Holzkirchen (83607) (Landesverband Bayern)	keine große Koalition ohne Mitgliederbefragung	Erledigt durch Leitantrag des PV
<b>KOA117</b>	Unterbezirk Fürstenfeldbruck (Landesverband Bayern)	Sechs Feststellungen zur Regierungsbeteiligung	Erledigt durch Leitantrag des PV